THEMEN THESEN TEXTE 04

EXZELLENZCLUSTER KULTURELLE GRUNDLAGEN VON INTEGRATION

EXZELLENZCLUSTER
Kulturelle Grundlagen von Integration
UNIVERSITÄT KONSTANZ

Universität Konstanz

Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS)
URL: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:352-2-ni1kx84yfg043

INHALT

05 **Die Stadt als Resonanzraum**
Jan-Friedrich Missfelder

09 **Migranten und Staatsgewalt**
Daniel Thym

13 **Migration und Popmusik** ➽ Die neuen Helden einer transnationalen Erzählung
Ana Sobral

17 **Warum schlug die Fahndung nach den NSU-Mördern fehl** ➽
Struktureller Rassismus oder normales Organisationsversagen?
Wolfgang Seibel

21 **Was ist Wahrheit?** ➽ Beratung von Opfern häuslicher Gewalt in Südafrika
Melanie Brand

25 **Antike Monarchien aus einer neuen Perspektive**
Nino Luraghi

29 **Integration durch Bildung?** ➽ Das Modell des Sozialinvestitionsstaates auf dem Prüfstand
Marius R. Busemeyer

33 **@000 Swatch-.beats Die Suche nach einer einheitlichen Internetzeit**
Isabell Otto

37 **Lateinamerikanische Kulturtheorien** ➽ Kritische Perspektiven auf Kolonialismen und Globalisierung
Gudrun Rath und Isabel Exner

41 **Figuren des Zwischenraums** ➽ Lateinamerikanische Angestellten-Literatur im 20. Jahrhundert
Jobst Welge

45 **Was heißt Korruption?** ➽ Polizeiarbeit in Niger
Mirco Göpfert

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich freue mich, dass wir Ihnen erneut Projekte aus dem Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ und seinem Kulturwissenschaftlichen Kolleg vorstellen können. In den Schwerpunktthemen „Bürokratie“ und „Migration“ zeigt sich auch in dieser Ausgabe unseres Magazins, dass der Verbund als ein fruchtbares Experimentierfeld funktioniert, in dem über Epochen und Fächer hinweg gemeinsam zu relevanten Problemen vergangener und gegenwärtiger Gesellschaften geforscht wird.

Der Schwerpunkt „Migration“ verweist auf den Titel und damit das übergreifende Dachthema des Exzellenzclusters „Kulturelle Grundlagen von Integration“. Rechtswissenschaftler Daniel Thym skizziert das teilweise grundlegend veränderte Verhältnis zwischen Migranten und Staatsgewalt, wie es durch das aktuelle Ausländer- und Asylrecht vermittelt wird. Einen literaturwissenschaftlichen Blick auf die Erzählungen, die hinter der modernen „Migrationsmusik“ stehen, wirft Ana Sobral. Wolfgang Seibel, Politik- und Verwaltungswissenschaftler, geht der brisanten und politisch unbequemen Frage nach, ob der Vorwurf des „strukturellen und institutionellen Rassismus“ der Behörden bei der Fahndung nach den NSU-Mördern berechtigt sei. Mit einer Szene des Grenzübertritts beginnt der Beitrag von Isabel Exner und Gudrun Rath, die bei Konstanz University Press lateinamerikanische Kulturtheorien in deutscher Erstübersetzung herausgegeben und kommentiert haben. In ihrem Artikel reflektieren sie, welche Geschichten, Ideen und politischen Debatten von West nach Ost über den Atlantik transportiert wurden.

Facetten der Bürokratie untersucht derzeit eine Gruppe von Forschern am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz, das als deutschlandweit einziges „Institute for Advanced Study der Kulturwissenschaften“ vom Exzellenzcluster vor neun Jahren gegründet wurde. Die ethnologische Fallstudie zur Polizeiarbeit in Niger von Mirco Göpfert und die exemplarische literaturwissenschaftliche Analyse von Angestellten-Literatur in Südamerika von Jobst Welge zeigen, dass Bürokratie nicht nur ein spannendes Thema für die Verwaltung ist. Auch das Interview mit Melanie Brand greift Werkzeuge der Bürokratie, der Dokumentation und Aktenführung, auf: Im Aufnahmeprozess von Frauenhäusern in Südafrika werden diese als Mittel der Wahrheitsfindung gewählt.

Die weiteren Artikel aus dem Magazin, die einen Zeitbogen von der Antike bis in die Gegenwart spannen, gehen ebenfalls auf Forschungsaufenthalte im Kulturwissenschaftlichen Kolleg zurück: Nino Luraghi berichtet über ein Projekt, das die charakteristischen Eigenschaften der Monarchien im antiken Griechenland und Rom erstmals umfassend zusammenträgt. In einem weiteren historischen Beitrag entführt uns Jan Friedrich Missfelder in die Klanggeschichte einer frühneuzeitlichen Stadt. Der Politikwissenschaftler Marius Busemeyer geht der aktuellen Frage nach, ob die Annahme eines direkten Zusammenhangs zwischen Bildungsinvestitionen und der Einkommensverteilung nicht eine zu grobe Vereinfachung sei. Und Isabell Otto analysiert das Projekt einer global einheitlichen Zeitordnung im Internet, wie das Schweizer Unternehmen Swatch es verwirklichen wollte, aus medienwissenschaftlicher Perspektive.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen

Ihr

Rudolf Schlögl
Sprecher des Exzellenzclusters
„Kulturelle Grundlagen von Integration“

RESO

DIE STADT ALS RESONANZRAUM

Noch nie in seiner langen Geschichte war die Stadt Zürich erobert worden. Nun aber, seit dem Frühjahr 1798, drängten sich nacheinander französische, russische und österreichische Besatzungstruppen in den engen Gassen der Altstadt, nahmen Quartier in den Bürgerhäusern und verwirrten die Einwohner mit ihren bunten Uniformen, fremden Akzenten und eigentümlichem Betragen. Die Helvetische Revolution in der Folge von Napoleons Invasion der Eidgenossenschaft im Januar 1798 hatte der alten Herrlichkeit der Gnädigen Herren von Zürich ein abruptes Ende gemacht. Zum allerersten Mal avancierte die Schweiz und die Stadt Zürich selbst zum Schauplatz des europäischen Mächtespiels. Die militärische Lage wechselte dabei ständig. Nachdem sich die Franzosen nach der so genannten Ersten Schlacht von Zürich aus der Stadt hatten zurückziehen müssen, sorgten im Juni 1799 Soldaten der russisch-österreichischen Allianz für eine kurze Wiederkehr der alten Ordnung. Manche der Franzosen, die nicht rechtzeitig hatten fliehen können, fanden sich im Wellenbergturm wieder, dem nur per Boot zu erreichenden städtischen Gefängnis mitten in der Limmat. Vielleicht waren sie froh, mit dem Leben davongekommen zu sein, jedenfalls verhielten sich die Gefangen im Turm alles andere als ruhig. Im Gegenteil: „Die Kerl sangen und lärmten; zu Nacht aber waren sie still", notiert der Zürcher Buchbindermeister Leonhard Köchli in sein Tagebuch.

Der Ohrenzeuge

Einträge wie dieser, so unspektakulär sie auf den ersten Blick erscheinen mögen, erweisen sich als außerordentlich interessant für eine Klanggeschichte frühneuzeitlicher Stadtgesellschaften, wie sie im Projekt „Die verklungene Stadt" beabsichtigt ist. Die Historisierung von Klängen und akustischen Umwelten steht noch nicht lange auf der Agenda der Kulturwissenschaften. Insbesondere die Geschichtswissenschaft hat sich, an einem „ikonischen Paradigma" (Gottfried Boehm) orientiert, in den letzten Jahrzehnten zu zahlreichen und weitreichenden Forschungen über bildliche Repräsentationen, Ikonographien von Macht und Ohnmacht und bildliches Denken ganz allgemein inspirieren lassen. Dies lenkte aber viel akademische Aufmerksamkeit von anderen sensorischen Praktiken und Strukturen wie etwa den akustischen ab. Das ist im Begriff, sich zu ändern, und mein Projekt zur Klanggeschichte des frühneuzeitlichen Zürich möchte einen Beitrag dazu leisten. Klanggeschichte in einem methodisch anspruchsvollen Sinn interessiert sich dabei weniger für die kaum zu beantwortende Frage, wie es denn früher eigentlich geklungen hat, als vielmehr für Wahrnehmungen und Deutungen von Klängen und ihrem gesellschaftlichen Strukturierungspotential.

Und genau hier sind Ohrenzeugen wie der Buchbinder Köchli so wertvoll. Denn seine Tagebucheinträge zeigen, wie Hörbarkeitsregime und akustische Ordnungen in einem urbanen Raum wie Zürich strukturiert waren. Köchlis Buchbinderwerkstatt lag mehrere hundert Meter vom Wellenbergturm entfernt. Wenn er trotzdem die Franzosen Tag und Nacht hören konnte, so sagt das etwas über die akustischen Qualitäten des Stadtraums aus. Vormoderne, d.h. vor allem vorindustrielle Räume lassen sich mit dem Begriff des kanadischen Komponisten und Pioniers der *Sound Studies* R. Murray Schafer als „Hi-Fi-Soundscapes" charakterisieren. Das bedeutet, dass ein relativ niedriges Grundrauschen für eine erhöhte Durchhörbarkeit sorgte und damit auch vergleichsweise leise Geräusche oder Stimmen – wie jene der Gefangenen im Wellenbergturm – über recht weite Entfernungen gehört werden konnten. Für die Formen, in denen politische Herrschaft, soziale Konflikte oder kulturelle Hegemonien in der Stadt ausgetragen werden konnten, hatte dies weitreichende Konsequenzen. Insbesondere in einer komplizierten und wechselhaften Lage wie jener der Jahre 1798/99 wird deutlich, wie sehr sich die Veränderungen der politischen Verhältnisse akustisch artikulierten und mit den Ohren registriert wurden. Leonhard Köchli ist dabei ein geradezu professioneller Wahrnehmer. Nach dem Umsturz der alten Ordnung übernahm der Buchbinder den kleinen Posten des „Agenten" in der neuen revolutionären Stadtregierung. Sein Tagebuch ist das Dokument eines Augen-, vor allem aber Ohrenzeugen der turbulenten Ereignisse im Zürich dieser Jahre.

DIE STADT ALS RESONANZRAUM

Glocken und Kanonen

Im Gegensatz zu den krakelenden Franzosen benehmen sich die Koalitionstruppen „gut und rechtschaffen, still und überhaupt nicht so lärmend“. Dafür bringen sie andere akustische Besonderheiten mit sich. Köchli registriert genau, dass sich die neue Besatzung im Stadtraum nicht nur durch auffällige gelbe Waffenröcke, sondern auch akustisch bemerkbar macht. Die Russen okkupieren die städtischen Kirchen zu eigenen religiösen Zwecken und läuten dabei statt mit dem üblichen Geläut „nach dero Gewohnheit mit kleinen Glocken, die vor der Kirche hingen“. Auch hier wird klar, wie differenziert der Chronist die akustischen Signale des wichtigsten Massenmediums der frühneuzeitlichen Anwesenheitsgesellschaft, der Glocken, zu deuten weiß.

Denn im Gegensatz zum leisen Gebimmel, das den orthodoxen Gottesdienst ankündigte, verwies das Dröhnen der Glocken zu anderen Anlässen auf gänzlich andere politische Konstellationen. Die Annahme der Helvetischen Verfassung durch die „Urversammlung“ im Großmünster wird zum „wichtigsten Tag für Zürich“: „läutete mit allen Glocken – waren viel Burger da.“ Überhaupt werden die Zelebrationen der neuen Ordnung in Fest und Ritual vor allem als akustische Überwältigungen wahrgenommen, so am 23. September 1799, dem 1. Vendémiaire des Jahres VIII: „Heute feierten die Franzosen durch Salve der Kanonen dero Neujahr zum Aergerniß unserer edeln gottesförchtigen religiosen Burgerschaft; man hörte den Donner der Kanonen sehr stark. Ach! Dass die Ungeheuer doch nicht mehr spuken möchten!“ Ganz ähnlich klang es schon anlässlich der feierlichen Ablegung des neuen, helvetischen Bürgereides am 16. August 1798: „Alle Gewalten versammelten sich um 9 Uhr auf dem Rathaus. Von da zogen sie unter Paradierung des fränkischen Militärs nach dem Hof [Lindenhof]. Musik fieng an; alle Glocken der Stadt zog man an, der Donner der Kanonen brüllte den ganzen Tag.“ Nichts über die Inhalte des Eides, nichts über politische Reden: Die Reflexion auf die politische Transformation der Bürgergemeinde findet dagegen ausschließlich im akustischen Erfahrungsraum statt. Deutlich wird hier, dass Politik bei Köchli weder als Idee, noch als Programm oder als sozialer Konflikt wahrgenommen wird, sondern vor allem als sensorische Erfahrung – mit dem deutlichen Ohrenmerk auf ihre klangliche Dimension.

„Brückengeständ“

Klänge entfalten sich im Raum, Räume können also auch durch Klänge besetzt werden. Und insbesondere in städtischen, umbauten Räumen gilt: Wer die akustische Hoheit über sensible Orte im Stadtraum ausübte, machte sich nicht nur klanglich bemerkbar, sondern erzeugte eine Präsenz, die sich in frühneuzeitlichen Anwesenheitsgesellschaften leicht in politische Macht ummünzen ließ. Im Zürich des 18. Jahrhunderts stellten vor allem die Brücken über die Limmat solche neuralgischen Punkte im *soundscape* der Stadt dar. Wer auf sich und seine politischen Anliegen aufmerksam machen oder auch nur seine eigene Präsenz lautstark markieren wollte, der fand auf diesen Brücken einen geeigneten Versammlungsort.

Ansicht der Stadt Zürich aus dem Jahr 1781
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung und Fotoarchiv

Während der turbulenten Jahre 1798/99 bildeten sie ebenfalls den bevorzugten Schauplatz für politische Artikulationsformen und Performanzen aller Arten. Leonhard Köchli, der Chronist der Zürcher Revolution, prägt für die Praxis der Brückenbesetzungen durch wechselnde Gruppen nicht ohne leicht indignierte Ironie den Ausdruck „Brückengeständ“. Wer auf der Brücke stand und schrie, deklamierte oder im Gegenteil auch nur schweigend verharrte, konnte sich der Aufmerksamkeit der Stadtöffentlichkeit sicher sein. Dabei

schwang im „Brückengeständ“ immer eine latente Bedrohung der urbanen Ordnung und „guten Policey“ mit. Wie sensibel die Stadtobrigkeit auf solche Praktiken reagierte, verdeutlichen schon im Verlauf des 18. Jahrhunderts mehrere Mandate des Zürcher Rates, welche den ledigen Handwerksgesellen Versammlungen auf den Brücken insbesondere während der sonntäglichen Gottesdienste streng verboten. Die Handwerksgesellen stellten so etwas wie die üblichen Verdächtigen der frühneuzeitlichen Kontrollgesellschaften dar, waren sie doch noch nicht vollständig in die bürgerliche Ordnung integriert und bargen damit ein dauerndes Unruhepotential. Auf Zürcher Brücken konnte aber nicht nur die Sonntagsruhe effektiv gestört werden, sondern auch gegen die unliebsamen Besatzer Krach geschlagen werden. Als im Juli 1798 aufgrund von Gerüchten über französische Niederlagen wieder einmal die Gegenrevolutionäre auf den Brücken zusammenströmten, kommentierte Köchli: „O Ihr lieben Bürger! Wann fällt Euch einmal die Binde von den Augen? Die Soldaten [der Helvetik] blieben da; man gab ihnen nur scharfe Patronen und ermahnte sie, beim ersten Trommelschlag alert zu sein. Welch eine Stille!“ Stille und Trommelschlag sind hier nicht nur akustisch, sondern auch politisch komplementär. Die Stille der Konterrevolution wird durch die allseitige Hörbarkeit von Trommeln, Glocken und Kanonen produziert. Der städtische Raum resonierte also in vielfältiger Weise, akustische Artikulationen der einen Partei wurden ebenfalls akustisch beantwortet, Politik ereignete sich als ein gegenseitiges Hören und Gehörtwerden.

Politik als Aufteilung des Sinnlichen

Wie lassen sich diese Befunde für ein besseres Verständnis frühneuzeitlicher Politik fruchtbar machen? Zunächst einmal ist klar, dass politische Strukturen, Institutionen und Praktiken nicht ohne die sensorisch und körperlich vermittelte Kopräsenz der beteiligten Akteure entstehen und funktionieren. Die menschlichen Sinne, darunter an prominenter Stelle das Gehör, registrieren nicht nur Ereignisse, sondern dienen auch dazu, Politik unter Bedingungen von Anwesenheitskommunikation zu gestalten. Die Hi-Fi-Klanglandschaft einer frühneuzeitlichen Stadt wie Zürich bildet dafür den perfekten Klanghintergrund. Wer sich Gehör verschaffen will, kann dies durch sensorische Praktiken wie dem „Brückengeständ“ tun – bis er durch andere sensorische Praktiken wie dem Trommelschlag des anwesenden Militärs zum Schweigen gebracht wird. Machtbeziehungen werden also zunächst einmal durch eine Art Verteilung sensorischer Artikulationschancen ausgehandelt. Der französische Philosoph Jacques Rancière hat Politik ganz generell als eine solche „Aufteilung des Sinnlichen“ bestimmt. Politische Praktiken werden durch die historisch jeweils gültige Form dieser Aufteilung ermöglicht und begrenzt. Eben das ist Politik und zugleich ihre primäre Voraussetzung: „Die Unterteilung der Zeiten und Räume, des Sichtbaren und Unsichtbaren, der Rede und des Lärms geben zugleich den Ort und den Gegenstand der Politik als Form der Erfahrung vor. Politik bestimmt“, so Rancière weiter, „was man sieht und was man darüber sagen kann, sie legt fest, wer fähig ist, etwas zu sehen und wer disqualifiziert ist, etwas zu sagen.“ (Rancière 2004, 26) Unterscheidungen wie jene zwischen Lärm und Stille, zwischen plausibler Rede und unartikuliertem Gebrüll oder zwischen der Bedeutung traditioneller Glockentöne und dem Gebimmel kleiner Schellen werden auf diese Weise zu historisch bedeutsamen Faktoren, weil sie Aufschlüsse gewähren über die jeweilige Aufteilung des Sinnlichen, welche die Art und Weise ihrer Differenzsetzung festlegt. Die Erforschung der Klanggeschichte frühneuzeitlicher Städte bedient also keineswegs die nostalgische Sehnsucht, die verklungene Stadt wiederzuhören, sondern führt direkt ins Zentrum vormoderner Vergesellschaftung und Politik. Ohrenzeugen dieser Aufteilungen des Sinnlichen wie den Zürcher Buchbindermeister Leonhard Köchli gibt es viele. Man muss nur lernen zu verstehen, was sie einst hörten.

Jan-Friedrich Missfelder

Jan-Friedrich Missfelder arbeitet als Senior Researcher an der Universität Zürich, im Nationalen Forschungsschwerpunkt (NCCR) „Mediality/Medialität – Historische Perspektiven“. Im akademischen Jahr 2013/14 forschte er am Kulturwissenschaftlichen Kolleg über „Die verklungene Stadt. Eine Klanggeschichte Zürichs in der Sattelzeit (1750–1850)“.

Kopie

MIGRANTEN UND STAATSGEWALT

Migration ist eines der zentralen Themen der Gegenwart, nicht nur in Deutschland. Die öffentliche Debatte kennzeichnet sich durch ihren Facettenreichtum: Es geht um Kopftücher im öffentlichen Dienst, Flüchtlingsboote vor Lampedusa, die Anwerbung von hochqualifizierten Facharbeitern, den Bau von Flüchtlingsunterkünften oder auch, wie jüngst in Konstanz, um den Burkini im städtischen Schwimmbad. Als Jurist mit einem Schwerpunkt im deutschen und europäischen Ausländer- und Asylrecht konzentriere ich meine Forschung auf all diejenigen Rechtsfragen, die im weiteren Sinne die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern betreffen. Hier veränderte sich in den letzten Jahren viel Grundlegendes – von immer neuen Änderungen des deutschen und europäischen Rechts bis hin zur veränderten Einstellung der deutschen Gesellschaft.

Welcome Refugees-Graffiti
© Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM)/ pixelio.de

In diesem Gesamtzusammenhang nehme ich das Verhältnis von Migranten zur Staatsgewalt in den Blick, wie es durch das Ausländer- und Asylrecht vermittelt wird. Mein Interesse richtet sich in diesem Projekt nicht auf die isolierte Auslegung einzelner Regelungen, sondern gilt dem institutionellen Umfeld, in dem das Verhältnis von Migranten und Staatsgewalt jeden Tag aufs Neue aktualisiert wird, etwa wenn die rechtlichen Vorgaben von der Verwaltung angewandt, von den Gerichten ausgelegt und den Gesetzgebern geändert werden. Ziel ist die Entwicklung eines konzeptionellen Rahmens, der eine theoretische Orientierungshilfe für die Behandlung von Einzelfragen bereitstellt. Ein solcher Analyserahmen ist auf einer mittleren Abstraktionsebene angelegt und überdenkt das Verhältnis von Bürgern und Fremden in einer Zeit, die das souveränitätsbasierte Paradigma des klassischen Völkerrechts hinter sich gelassen hat.

Vom Fremden zum Bürger

Ausgangspunkt ist die verfassungsrechtliche Neukonzeption der traditionellen Gegenüberstellung von In- und Ausländern, wenn die vormalige Dichotomie zwischen „Fremden“ und „Bürgern“ in ein Kontinuum abgestufter Mitgliedschaftsrechte überführt wird. Hierbei entsteht eine neue Gemengelage, die am Ordnungsprinzip der staatlichen Gewalt festhält und zugleich die Interessenlage der Migranten abbildet. Es geht um einen angemessenen Ausgleich zwischen den Menschenrechten eines jeden Einzelnen sowie dem legitimen Bedürfnis nach kollektiver und demokratischer Selbstregierung auf allen Ebenen der staatlichen Gewalt, von der Gemeinde über den Bundesstaat bis hin zur Europäischen Union.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert bildeten sich die tradierten Nationalstaaten und das moderne Staatsangehörigkeits- und Fremdenrecht parallel heraus, was in einem weitgehenden Gleichklang von Rechtsadressaten und Legitimationssubjekten mündete. Ebenso wie die Staaten ihr Verhältnis untereinander nach den Prinzipien der Staatensouveränität und der Nichteinmischung organisierten, erschienen die Angehörigen anderer Staaten als rechtlose Fremde. Diese wurden allenfalls durch völkerrechtliche Verträge mit dem Heimatstaat geschützt und ansonsten nach dem traditionellen Verständnis eines Ausländerpolizeirechts rechtlich nach den Regeln einer Gefahrenabwehr behandelt. Auf dieser Traditionslinie gründet bis heute der Vorwurf einer prinzipiellen Schlechterstellung von Ausländern im geltenden Recht, die auch in der Gegenwart vielfach als rechtlose Fremde beschrieben werden, mit denen die Staatsgewalten scheinbar willkürlich

verfahren. Kritiker arbeiten in der öffentlichen Debatte mit Bildern, die dem Arsenal des traditionellen Fremdenrechts entstammen: die Grenzschutzagentur Frontex, die Abschiebehaft oder die Verweigerung des Familiennachzugs ohne Deutschkenntnisse.

Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte
© Erich Westendarp/ pixelio.de

Eine nähere Betrachtung der verfassungsrechtlichen Grundlagen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zeigt ein vielfältigeres Bild, das längst auch zur Grundlage der höchstrichterlichen Rechtsprechung erstarkte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg verurteilte Italien wegen der Verletzung von Menschenrechten der Migranten auf einem Flüchtlingsboot außerhalb des italienischen Staatsgebiets; über die Abschiebehaft musste jüngst der Bundestag erneut entscheiden, nachdem der Bundesgerichtshof unter Berufung auf das EU-Recht die alte Regelung gekippt hatte; und über die Zulässigkeit der Forderung nach Deutschkenntnissen wird kontrovers diskutiert, auch zwischen den Gerichten. In all diesen Fällen mag man den konkreten Politikansatz für verfehlt halten, dies ändert jedoch nichts daran, dass die verfassungsrechtlichen Mechanismen zur Berücksichtigung der Migranteninteressen existieren. Insbesondere die Grund- und Menschenrechte auf nationaler und überstaatlicher Ebene speisen diese in die Beurteilung einzelner Entscheidungen ein. Migranten sind nicht schutzlos, sondern können sich vor Gericht im Konfliktfall auf individuelle Rechte unter Einschluss der Menschenrechte berufen.

Auch die Verwaltungspraxis wandelte sich teils grundlegend – auch wenn diese Neuausrichtung zumeist nicht im Zentrum der öffentlichen Debatte steht. Bei der Integrationsförderung durch staatlich initiierte Sprach- und Einbürgerungskurse agieren die Ausländerbehörden gleichsam als aktivierende Sozialverwaltung. Ähnlich schuf Deutschland für qualifizierte Arbeitnehmer, um diese aktiv zu fördern, bei der Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie einen durchaus privilegierten Rahmen, der sich nur graduell von einem Punktesystem angelsächsischen Zuschnitts unterscheidet. Seither mutierten die Ausländerbehörden in zahlreichen deutschen Städten und Kommunen gleichsam zu „Welcome Centers“, die ihre vermeintliche Weltoffenheit gegenüber den Kunden bereits durch den Anglizismus in der Namensgebung zum Ausdruck bringen.

Kosmopolitische Grundierung des Migrationsrechts

Es geht mir bei der vorstehenden Beschreibung keineswegs darum, die aktuelle Rechtslage und -praxis durch eine rosa Brille zu beschreiben. Meine Zielrichtung ist nicht, einzelne Gesetzesbestimmungen oder Verwaltungspraktiken zu loben oder zu kritisieren, sondern einen konzeptionellen Rahmen für die Beschreibung des Migrationsrechts der Gegenwart zu identifizieren – eines Migrationsrechts, das sich dadurch auszeichnet, dass es das klassische Paradigma des souveränitätsbasierten Fremdenrechts hinter sich lässt, ohne in einer universalen Weltrepublik mit globaler Freizügigkeit aufzugehen, in der Grenzen zwischen den Staaten ihre Bedeutung verlören. Hierzu habe ich den Vorschlag einer kosmopolitischen Grundierung des deutschen und europäischen Migrationsrechts unterbreitet, der nicht etwa als theoretischer Zukunftsentwurf angelegt ist, sondern auf Grundlage des geltenden Rechts die verfassungsrechtlichen Strukturen für das Migrationsrecht eines postsouveränen Nationalstaats im Gefüge der Europäischen Union zum Ausdruck bringt.

MIGRA

Was verstehe ich hierbei unter Kosmopolitismus? Dies meint die Zuerkennung von individuellen Rechten an Migranten, die nach dem Modell der Grund- und Menschenrechte in Europa kein universelles Freizügigkeitsrecht begründen, sondern ihrerseits einen Abgleich mit den öffentlichen Interessen als Ausdruck einer kollektiven Selbstregierung erfordern. Speziell im Bereich des Flüchtlingsrechts überwiegen bei einer rechtlichen Betrachtung häufig die Interessen der Migranten auf Schutz in der Europäischen Union (nicht notwendig in Deutschland), während bei der Arbeitsmigration und auch beim Familiennachzug weitere Spielräume für die Gesetzgebung bestehen.

Es liegt im Wesen eines verfassungsrechtlichen Analyserahmens, dass dieser anstelle konkreter Lösungen für einzelne Rechtsfragen eine abstrakte Ordnungsstruktur für die Aufbereitung der widerstreitenden Interessen bereitstellt, mittels derer die Rechtswissenschaft sodann konkrete Einzelfragen bearbeiten kann – und hierbei mit den Nachbarwissenschaften über die theoretischen Grundlagen von Migration und Staatlichkeit ins Gespräch gerät. Es geht bei meinem Vorhaben gleichsam um eine verfassungsrechtliche Infrastrukturpflege, die verschiedene Blickwinkel zu integrieren bereit ist und gerade hierdurch einen Mehrwert bereitstellt, weil die große Anzahl an konkreten Rechtsfragen bisweilen dazu führt, dass die Grundraster für eine verlässliche Entscheidungsfindung aus dem Blick geraten. Eben hierzu ist die Zeit jedoch reif, gerade weil im deutschen und europäischen Migrationsrecht der letzten Jahre eine tektonische Verschiebung stattgefunden hat. ***Daniel Thym***

Daniel Thym ist Professor für öffentliches Recht, Europa- und Völkerrecht an der Universität Konstanz und Direktor des Forschungszentrums Ausländer- und Asylrecht (FZAA). Im akademischen Jahr 2014/2015 forschte er am Kulturwissenschaftlichen Kolleg zu dem Projekt „Migrant und Staatsverwaltung: Fremder – Kunde – Bürger?“.

eCircle
1x - 52x

MIGRATION UND POPMUSIK
DIE NEUEN HELDEN EINER TRANSNATIONALEN ERZÄHLUNG

Ein Junge wächst in Somalia auf. Der Ausbruch des Bürgerkriegs beendet jäh seine Kindheit, er lernt, Waffen zu tragen, verliert drei seiner Freunde und entgeht selbst nur knapp dem Tod. Während seine Heimatstadt Mogadishu wie das ganze Land im Chaos eines gewaltreichen Bürgerkriegs versinkt, gelingt seiner Familie gerade noch die Flucht, mit dem letzten Flug nach New York. Zu dem Zeitpunkt ist er gerade mal dreizehn Jahre alt. Erlebnisse, die ihre Spuren hinterlassen. Gibt es einen Weg, seine traumatischen Kindheitserlebnisse zu bewältigen?

We begin our day by the way of the gun,
Rocket propelled grenades blow you away if you front,
We got no police ambulance or fire fighters,
We start riots by burning car tires,
They looting, and everybody start shooting,
Bullshit politicians talking 'bout solutions, but it's all talk […]
(K'naan, „What's Hardcore?", 2005)

2010 wurde der Rapper K'naan mit dem Lied „Waving Flag" (2009) zu einem internationalen Star, nachdem Coca Cola es in einem Werbespot für die Fußballmeisterschaft in Südafrika verwendet hatte. Die Originalversion des Lieds erzählt von K'naans Kriegserfahrungen in seinem Geburtsland Somalia. Als Flüchtling in Kanada aufgewachsen, verarbeitete K'naan seine Kriegserinnerungen durch Gedichte und Rapmusik. Heute ist er ein international bedeutender Künstler und tritt häufig als Sprecher für Somalia oder Afrika insgesamt auf, wobei er gerade auch zu politischen Fragen Stellung nimmt: etwa in einem Aljazeera-Interview, wo er den eigentlichen Ursprung der somalischen Piraterie mit der illegalen Fischerei vor der afrikanischen Küste durch die Europäer erklärt. Außerdem schrieb der Rapper ein Kinderbuch über seine eigenen Erfahrungen als Kind im somalischen Bürgerkrieg und als Flüchtling in Nordamerika. Gerade arbeitet er als Regisseur an einem Film über einen somalischen Dichter im Exil, der nach Mogadischu zurückkehrt. Der Film wurde 2015 vom Sundance Institute in den USA – einer der wichtigsten Plattformen für Alternativkino – mit dem Global Filmmaking Award ausgezeichnet. Warum hat K'naan gerade die Rapmusik als zentrales Medium gewählt, um seine Geschichte zu erzählen?

Migrationsmusik als ‚Heilmittel'

Die Vielfältigkeit dieses Künstlers, sein Migrationshintergrund und seine biographisch geprägten Songtexte sind symptomatisch für eine Entwicklung in der gegenwärtigen westlichen Popmusik, die sich seit den späten 90er Jahren feststellen lässt. In Zeiten der Globalisierung stoßen Themen wie Krieg, Flucht, Immigration, Integration und kulturelle Identität auch in der Popmusik immer häufiger auf große Aufmerksamkeit. Künstlerinnen und Künstler, die sich auf ihre eigenen Erfahrungen beziehen, gelten als besonders authentische Vertreter einer Kategorie, die man ‚Migrationsmusik' nennen könnte. Wie in der Migrationsliteratur wird hier die Perspektive der Nichteinheimischen in westlichen Gesellschaften hervorgehoben. Interessant ist vor allem die narrative Dimension der Migrationsmusik. Globalisierung wird anhand von persönlichen Geschichten inszeniert. Nehmen wir K'naan weiter als Beispiel: Seine Biographie wird nicht nur in seinen Liedtexten und in der Musik selber präsentiert, beispielsweise indem er somalische Melodien einarbeitet und afrikanische Instrumente und Gesangstechniken verwendet; auch in unzähligen Interviews erzählt K'naan im Detail über seine furchtbaren Kriegserlebnisse und seinen Versuch, das darin begründete Trauma durch Rapmusik zu überwinden. Selbst in den Rezensionen seiner Alben lesen wir wiederholt seine Geschichte. Bis heute dienen ihm seine Lieder als eine Art Zeugnis der eigentlichen Tragödie des somalischen Kriegs. Die neuen Rollen des Rappers als Schriftsteller oder als Regisseur erweitern dieses Narrativ noch, aber im Grunde werden genau dieselben Themen behandelt. So wird der Name K'naan für alle, die seine Arbeit kennen, zu einer Art Marke und einer Referenz auf die jüngste Geschichte Somalias, auf die dramatischen Erfahrungen von Kindersoldaten, den Kampf von Flüchtlingen um Schutz und Anerkennung im Westen, den Triumph von (Pop-)Musik über große persönliche Schwierigkeiten.

Rap-Experten jeder Art – von Fans bis zu Forschern – mögen argumentieren, es handle sich hier schlichtweg um eine Kerneigenschaft dieses Genres, denn die Performanz von *realness*, also Echtheit, steht seit den Ursprüngen des Rap in den afro-amerikanischen Ghettos der späten 70er Jahre im Mittelpunkt. Rapmusiker sollen, so wird erwartet, vom

K'naan beim Auftritt in Austin City Limits 2009 (Austin, Texas)
Foto: Manny Moss www.flickr.com, www.creativecommons.org/licenses/by-nd/2.0

(eigenen) Leben auf den Straßen berichten, von den Schwierigkeiten der afro-amerikanischen Bevölkerung, sich in einem ungerechten sozio-ökonomischen System durchzusetzen, und vom Triumph der afro-amerikanischen Kultur und des Individuums trotz solcher Probleme. Der berühmte Rapper Chuck D von der Gruppe Public Enemy behauptete Mitte der 80er Jahre, Rap sei „das CNN der schwarzen Bevölkerung". Ist also K'naan lediglich eine internationale(re) Stimme im gegenwärtigen afro-amerikanischen Rap, die unsere Aufmerksamkeit auf neue Migrationswellen von Afrika nach Nordamerika lenkt?

Gypsy Punk

Die Tendenz zu stark autobiographischen Inszenierungen in der gegenwärtigen Popmusik ist aber nicht auf Rap begrenzt. Ein genauso passendes Beispiel findet man in der Rock-/Punkmusik in der Gestalt von Eugene Hütz, Sänger und Songwriter der transnationalen Gruppe Gogol Bordello. Als Gruppe von (US-) amerikanischen Immigranten unterschiedlicher Herkunft – wie der Ukraine, Russland, Schottland, Hong Kong, Äthiopien und Ecuador – feiern Gogol Bordello mit fröhlicher Musik und karnevalistischen Live-Auftritten die bunte Seite Amerikas als globalen *melting pot*. Im Zentrum ihrer Arbeit steht aber Eugene Hütz selber: Seine Songtexte, Interviews, schriftlichen Beiträge in der Presse sowie in Büchern und auch seine Auftritte als Schauspieler in Filmen oder Hauptfigur in Dokumentationen erzählen ein und dieselbe Geschichte, die mit seiner eigenen Biographie eng verbunden ist.
Während K'naan seine Erfahrungen als Flüchtling betont, geht es in vielen von Hütz' Texten und Erzählungen um seinen langjährigen Status als illegaler Einwanderer in Europa und den USA. Überdies schoben ihn die Roma-Wurzeln seiner Familie sowohl in Osteuropa als auch im Westen ins gesellschaftliche Abseits. Nach vielen Jahren als illegaler Immigrant und Schwarzarbeiter in den USA verwirklichte sich Hütz schließlich als Punkmusiker mit einem besonderen Sound, den er selbst „Gypsy Punk" taufte. Wie im Falle von K'naan werden Schlüsselereignisse nicht nur in den meisten Songtexten von Eugene Hütz erzählt und immer neu formuliert, sondern auch in Interviews, Artikeln, Rezensionen oder Filmen wieder aufgegriffen und erweitert. Und so wird der Name Hütz zum Inbegriff des illegalen Immigranten, der marginalisierten Minderheit, des Kampfes um Anerkennung von kultureller Differenz und des Triumphs der (Pop-)Musik über soziale Abgrenzungsmechanismen.

Über die Musik hinaus

Wieso finden Geschichten wie diese augenblicklich so viel Nachhall in der Popmusik? Ein erster Grund scheinen die Themen selber zu sein, die man mit dem etwas breiten Begriff „Globalisierung" zusammenfassen kann. Ob durch Medienberichte, Internetkampagnen oder direkte Begegnungen im Alltag, immer mehr Menschen im Westen setzen sich mit der Situation von Flüchtlingen und Immigranten oder mit den besonderen Erfahrungen von kulturellen und ethnischen Minderheiten in unserer Gesellschaft auseinander. Diese Aspekte der Globalisierung, die oft als problematisch und sogar polarisierend dargestellt und wahrgenommen werden, gewinnen durch Popmusiker wie K'naan und Eugene Hütz ein menschliches Gesicht. Die Musikfans beschäftigen sich nicht mit einem abstrakten Problem, sondern mit einer individuellen Lebensgeschichte, die sich auf allgemeine westliche demokratische Werte wie freiheitliche Grundrechte, Gleichheit und Pluralismus bezieht. Ähnlich wie bei der Migrationsliteratur weckt die Erzählung von persönlichen Erlebnissen, Emotionen und Hoffnungen in den Zuhörern Empathie – mit dem Bonus des sinnlichen Musikgenusses.

Doch zeigt sich hier auch eine der zentralen Paradoxien von Migrationsmusik: Ihre Anhänger sind hauptsächlich in der gebildeten und mobilen Mittelklasse westlicher Gesellschaften zu finden, die von der globalen Wirtschaft profitiert haben – Ralf Dahrendorf bezeichnet sie als die „globale Klasse". Diese Musikkonsumenten haben die Not und Härte, die die Einwanderung mit sich bringt, nicht selbst erlebt und die soziale wie kulturelle Marginalisierung nicht erlitten. Aber sie sind sich dieser Problematik bewusst und wissen um die soziale Sprengkraft, die sie in sich birgt.

MIGRATION UND POPMUSIK
DIE NEUEN HELDEN EINER TRANSNATIONALEN ERZÄHLUNG

Kulturelle Auseinandersetzungen, Fundamentalismus, Gewalt und Exklusion werden in den Liedern der meisten erfolgreichen Migrationsmusikern thematisiert, und zwar als große Herausforderung, die sie überwinden müssen (und eines Tages auch werden) – gewöhnlich durch das Musizieren selbst. Die beliebtesten unter den Migrationsmusikern erzählen jedoch eine Version, die in vieler Hinsicht eine idealisierten Erfolgsgeschichte (in einer globalisierten Welt) ist. Die Fans unter der „globalen Klasse" mag es beruhigen, dass in der übergreifenden Erzählung letztlich die positive, inklusive und pluralistische Seite der Globalisierung die Oberhand gewinnt.

Ein zweiter Grund für die aktuelle Attraktivität von Migrationsmusikern liegt in der Popmusik selbst, als einzigartiges Erzähl-Medium: Sie kann Erzählungen transmedial, also über mehrere Medien hinweg, vermitteln und performativ verstärken. Popstars sind vielfältige Persönlichkeiten, die sowohl auf der Bühne und in Musikvideos agieren, sich in Songtexten und Musikalben präsentieren, als auch im Alltag als professionelle Künstler und Handlungsträger auftreten. Somit wird das Narrativ, das die Fans durch Songs und Musikvideos aufnehmen, weit über die Grenzen einer bloß musikalisch ‚erzählten' Geschichte getragen. Bei jedem Interview mit den Künstlern und bei jeder weiteren Rolle, die sie einnehmen, sei es als Autor, Schauspieler, Regisseur, Designer oder Aktivist, folgen die Fans stets derselben Figur, die sich immer weiter entfaltet und damit dem eigenen Narrativ immer neue Möglichkeiten eröffnet.

Auch wenn dies für Fans vermutlich kaum eine Rolle spielt, sollte man nicht vergessen, dass Popmusik ein millionenschweres Geschäft ist, an dem viele Akteure beteiligt sind – von Agenten und Produzenten bis hin zu Plattenfirmen und Marketingunternehmen –, deren finanzielle Interessen den Erfolg von Migrationsmusikern pushen. Dies sei nur angedeutet, denn das Hauptaugenmerk meiner literaturwissenschaftlichen Forschung liegt darauf, wie Migrationsmusiker und ihre strategischen Berater die fast unüberschaubare transmediale Plattform der Popmusik sehr produktiv nutzen, um die eigene autobiographische Erzählung zu erweitern. Wenn K'naan Spenden für Kinder in Somalia sammelt, können die Fans dies mit seinen toten Freunden assoziieren, die in vielen Songs und Interviews erwähnt werden. Solche Inszenierungen werden wiederum aufgenommen, diskutiert und weitergetragen in den vielen Internetforen, die von sozialen Plattformen wie YouTube oder Facebook ständig gespeist werden. Der somalische Flüchtling K'naan und der illegale Immigrant mit Roma-Wurzeln Hütz ‚funktionieren' sogar entkoppelt von der eigenen Musik, weil sie für viel mehr stehen als ‚bloßen' Pop.

Und trotzdem ist letztlich auch Migrationsmusik im Kern ein Lobgesang der (westlichen) Popkultur an sich, deren soziale Hintergründe bekanntlich ebenfalls auf eine epochale Migrationsgeschichte, nämlich der (versklavten) Vorfahren der Afro-Amerikaner, zurückzuverfolgen sind. In den USA war Popkultur schon immer sehr stark von Migration einerseits und Transkulturalität andererseits geprägt. In einem ständigen Austausch, oft auch in Form kultureller Aneignung, haben afro-amerikanische, europäische Einwanderer und *Hispanics* ein kulturelles Produkt erschaffen, das auf der musikalischen Ebene eine multikulturelle Gesellschaft feiert. Popmusik und ihre Stars stehen für die Verwirklichung von Träumen, die Rechtfertigung von Identitäten und die Eröffnung neuer Welten. Die gegenwärtige Migrationsmusik greift also auf klassische Themen des Genres, neu ist aber der Fokus auf Erfahrungen, die den Interessen einer jüngeren, global denkenden und handelnden Generation entsprechen. Insofern wären K'naan und Hütz die passenden Helden einer transmedialen und transnationalen modernen Erzählung. *Ana Sobral*

Ana Sobral ist Assistenzprofessorin für Global Literatures in English an der Universität Zürich. Im Wintersemester 2014/15 forschte sie am Kulturwissenschaftlichen Kolleg über ihr Habilitationsprojekt „Performing Transculturality: Reflections of Globalization in Popular Music".

B+W 58ES KR1.5 1.1X

WARUM SCHLUG DIE FAHNDUNG NACH DEN NSU-MÖRDERN FEHL: STRUKTURELLER RASSISMUS ODER NORMALES ORGANISATIONSVERSAGEN?

Das Versagen von Polizei und Verfassungsschutz bei der Fahndung nach den Urhebern der so genannten NSU-Morde stellt einen der größten Behördenskandale in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik dar. Nicht nur hatte der Staat vor seiner elementaren Aufgabe versagt, den Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit sicherzustellen, eine Pflicht, die ihm durch Art. 2 Abs. 2 des Grundgesetzes aufgegeben ist. Noch schwerer wog die Mutmaßung, dies hänge damit zusammen, dass die Opfer nicht alteingesessene Deutsche, sondern Immigranten waren. Ist der Vorwurf des „strukturellen und institutionellen Rassismus" der Behörden, wie ihn das Minderheitenvotum der Linken zum Bericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses zu den NSU-Morden aussprach, gerechtfertigt? Lassen die bisherigen Untersuchungsergebnisse auf einen solchen Zusammenhang schließen?

Diesen Fragen bin ich vor kurzem in einer ausführlichen Abhandlung nachgegangen.[1] Meiner Untersuchung, deren Ergebnisse ich im Folgenden zusammenfasse, lag unter anderem der rund 1400 Seiten starke Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zugrunde, der im August 2013 vorgelegt worden war.

Eine Spirale der Fehlleistungen

Das Behördenversagen lässt sich zunächst an zwei eklatanten Misserfolgen festmachen. Zum einen war das „NSU-Trio" aus Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos seit Mitte der 1990er Jahre als Angehörige der rechtsextremistischen Szene in Thüringen bei Polizei und Verfassungsschutz aktenkundig. Ein Haftbefehl gegen Böhnhardt und Mundlos wurde im Januar 1998 vorbereitet, nachdem das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz Böhnhardt in Zusammenhang mit der Anfertigung einer „Unkonventionellen Spreng- oder Brandvorrichtung" (USBV) bringen konnte. Jedoch konnte dieser nicht mehr vollstreckt werden, weil das Trio am 28. Januar 1998 abtauchte. Alle bislang durchgeführten Untersuchungen fanden die Gründe hierfür in Desorganisation und Koordinationsmängeln bei Verfassungsschutz und Polizei.

Zum anderen blieben die dem Trio zuzurechnenden zehn Morde und schätzungsweise vierzehn Banküberfälle, die sich zwischen dem 9. September 2000 und dem 25. April 2007 ereigneten, unaufgeklärt. Dies wurde nach den Erhebungsergebnissen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse durch Fehldiagnosen im Fahndungsansatz und Organisationsmängel beim Verfassungsschutz und bei den Strafverfolgungsbehörden von Staatsanwaltschaft und Polizei verursacht. Aufgrund dieser Kombination von Fehlleistungen erschloss sich den Sicherheitsbehörden, insbesondere der mit der Mordaufklärung seit September 2000 befassten Polizei, auch der Zusammenhang zwischen beiden Episoden nicht, bis im November 2011 Böhnhardt und Mundlos in einem Wohnmobil in Eisenach tot aufgefunden wurden und Beate Zschäpe sich tags darauf der Polizei stellte. Wer oder was verhinderte, dass dieser für die Aufklärung entscheidende Zusammenhang hergestellt wurde?

Bei der polizeilichen Fahndung kam es zu der grundlegenden Fehldiagnose, dass es sich bei den Morden an kleinen Gewerbetreibenden mit Migrationshintergrund um „milieubedingte" Straftaten handele und die Opfer in irgendeiner Weise, etwa durch Schutzgelderpressungen, mit dem kriminellen Milieu verstrickt gewesen seien. Erschwerend trat die Fragmentierung der Fahndungsapparate, zunächst schlicht eine Folge der föderativen Polizeiorganisation, hinzu: So unterblieb zum einen der Informationsaustausch zwischen den nach und nach betroffenen Landespolizeien und eine fachliche Diskussion über die Plausibilität der jeweiligen Fahndungsansätze. Zum anderen wurden die fachliche und direktive Kompetenz des Bundeskriminalamt und der Bundesanwaltschaft nicht oder nur rudimentär in Anspruch genommen. Beides schaukelte sich gegenseitig zu einem Fehlerzyklus auf: Die Fehldiagnose im Fahndungsansatz bewirkte, dass von den Möglichkeiten des Bundeskriminalamt-Gesetzes, die Fahndung beim BKA zu zentralisieren (§ 4 Abs. 2 Nr. 1 und 2 BKA-Gesetz), kein Gebrauch gemacht wurde. Umgekehrt verhinderte die damit fortgeschriebene Fragmentierung der Fahndungsapparate, dass die anfängliche Fehldiagnose einer zusammenschauenden Bewertung unterworfen wurde. Bei einer Mordserie, die sich nach und nach auf ein halbes Dutzend Bundesländer erstreckte, musste dies besonders nachteilig ins Gewicht fallen.

[1] Wolfgang Seibel, „Kausale Mechanismen des Behördenversagens. Eine Prozessanalyse des Fahndungsfehlschlags bei der Aufklärung der NSU-Morde", in: *der moderne staat 7* (2014), S. 375-413.

Schlüsselepisoden und kritische Weggabelungen

Welche Schlüsselepisoden zementierten diesen Teufelskreis? Hier seien nur die kritischen Weggabelungen genannt, die sich als verpasste Gelegenheit zur Korrektur von Fahndungsorganisation und -ansatz interpretieren lassen.

Im April 2004 wurde mit dem Mord an Mehmet Turgut klar, dass inzwischen fünf türkischstämmige Immigranten, sämtlich kleine Gewerbetreibende, mit derselben Waffe getötet worden waren. Damals entstand beim Polizeipräsidium Mittelfranken in Nürnberg die Initiative, die Übertragung der Gesamtermittlung auf das Bundeskriminalamt zu beantragen. Während die Fachvertreter der bayerischen Polizeibehörden die Ermittlungsführung gerne vollständig auf das BKA übertragen hätten, erklärten sich die zuständigen Fachbeamten des BKA lediglich bereit, „ergänzende strukturelle Ermittlungen" zu übernehmen. Die bayerischen Polizeibeamten hielten es jedoch für „dringend notwendig und absolut zielführend", die Gesamtermittlung auf das BKA mit seinen personellen und finanziellen Ressourcen und seiner erprobten Ermittlungsinfrastruktur zu übertragen, zumal „damit zu rechnen [sei], dass die […] Serie von Tötungsdelikten fortgesetzt wird".[2] Doch der bayerische Landespolizeipräsident Kindler, dem es oblag, den entsprechenden Antrag beim BKA zu stellen, blockte aus ‚vorauseilendem Gehorsam' ab. Wie er später aussagte, nahm er Rücksicht auf das BKA, wo man der Übernahme der Gesamtermittlung skeptisch gegenüberstand.[3] Damit blieb es bei der fragmentierten Fahndungsorganisation und die Chance, die oben geschilderte Fahndungshypothese kritisch zu überprüfen, war vertan.

Die zweite Weggabelung erreichte man mit dem Nagelbombenanschlag in Köln vom 9. Juni 2004, bei dem zweiundzwanzig Personen verletzt wurden, vier davon schwer. Die Täter, die von Überwachungskameras erfasst worden waren, wurden erst nach dem November 2011 als Böhnhardt und Mundlos identifiziert. Bei der anschließenden Fahndung kam es zu einer charakteristischen Fortschreibung des einerseits „ethnisierenden", andererseits auf das Tätermilieu der organisierten Kriminalität festgelegten Fahndungsansatzes und zu einer willkürlichen örtlichen Beschränkung der Fahndung selbst. Die Kölner Polizei lehnte die Hilfe des Bundeskriminalamts ausdrücklich ab. Doch der wohl entscheidende Fehler unterlief auf politischer Ebene: Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hatte die Tat ursprünglich als Akt „terroristischer Gewaltkriminalität" eingeschätzt und als solchen dem sogenannten Lagezentrum im Landes-Innenministerium in Düsseldorf übermittelt. Doch wurde diese Einschätzung wenig später auf Weisung des Lagezentrums aus dem weiteren Schriftverkehr gestrichen.[4] Der damalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens, räumte später ein, dass diese „Korrektur" der Einschätzung des Landeskriminalamts „nicht auf Ermittlungserkenntnissen vor Ort basiert habe, sondern auf einer Weisung des Innenministeriums". Bei Verdacht auf terroristische Gewaltkriminalität wäre die staatsanwaltliche und polizeiliche Ermittlung automatisch auf den Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt übergegangen. So verhinderte auch die Politik, namentlich das nordrhein-westfälische Innenministerium, dass die getroffenen Fehlannahmen mit dem Einsetzen einer zentralen Ermittlung nochmals hätten überprüft werden können.

Kausale Mechanismen

Die geschilderten Schlüsselepisoden lassen zunächst Standardpathologien des Verwaltungshandelns erkennen: das Scheuklappendenken von Fachbehörden ebenso wie das Konkurrenzverhalten zwischen Behörden oder die notorischen Kommunikationsengpässe („Flaschenhalssyndrom") an der Spitze von Organisationshierarchien. Aufschlussreich sind ferner die unterschiedlichen Varianten der Politisierung von Fachfragen der Polizeiarbeit, wie sie in den Aussagen von Kindler und Behrens zum Ausdruck kommen. Doch liegt es in der Natur von Standardfehlern, dass sie im Prinzip vorhersehbar und als Risikofaktoren gerade den Praktikern wohlvertraut sind. Mehr noch, dass der föderative Aufbau der Polizei in Deutschland Koordinationsprobleme erzeugt, die in besonders gelagerten Fällen überwunden werden müssen, hatte bereits Niederschlag in den erwähnten Ausnahmeregelungen des Polizeirechts des Bundes gefunden (hier § 4 Abs. 2 des Bundeskriminalamt-Gesetzes). Blieb diese Chance aus „strukturellem Rassismus" der beteiligten Behörden ungenutzt?
Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass hierfür rassistische Motive der maßgeblichen Akteure ursächlich waren. Insbeson-

[2] Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Drucksache 17/14600, 22.08.2013, S. 510, im Folgenden zitiert als: Untersuchungsbericht Deutscher Bundestag, S. 510.

[3] Ebd., S. 512

[4] Ebd., S. 672.

WARUM SCHLUG DIE FAHNDUNG NACH DEN NSU-MÖRDERN FEHL: STRUKTURELLER RASSISMUS ODER NORMALES ORGANISATIONSVERSAGEN?

NSU-Mahnmal in Dortmund, Foto: Reclus/ commons.wikimedia.org

dere die polizeifachlichen Instanzen bemühten sich intensiv darum, die von ihnen selbst erkannten Beschränkungen der Fahndungsorganisation und -hypothese zu überwinden. Gescheitert sind diese Bemühungen stattdessen am Opportunismus des Führungspersonals an der Schnittstelle von Verwaltung und Politik – seinerseits eine Folge von Regelmechanismen demokratischer Politik. Die plausibelste Erklärung dafür, dass die letztlich verantwortlichen Entscheidungsträger sich nicht mehr im Sinne einer zielführenden Fahndung einsetzten, liegt nicht darin, dass die Mordopfer Angehörige einer bestimmten ethnischen Minderheit waren, sondern dass sie *überhaupt* einer Minderheit angehörten. Künftige Opfer der zweifelsfrei erkennbaren Mordserie konnten in der Tat nicht ausgeschlossen werden, aber die Vermutung lag nahe, dass sie derselben Minderheit angehören würden. Ein Gefährdungsempfinden breiter Bevölkerungskreise und entsprechende Kritik an den Sicherheitsbehörden, davon konnte man ausgehen, würde dadurch voraussichtlich nicht ausgelöst.

Warum hätte sich dieses Kalkül bei Mordopfern aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft ganz anders dargestellt? Nicht deshalb, weil die Fahndungsbeamten und ihre politischen Vorgesetzten deren Schutz höher bewertet hätten als den türkischstämmiger Gewerbetreibender. Vielmehr hätten sie eine ununterbrochene Mordserie mit einem nicht eingrenzbaren Kreis von Opfern von vornherein unter dem Gesichtspunkt politischer Kosten statt ‚lediglich' unter dem Gesichtspunkt ausbleibenden Nutzens, nämlich des Fahndungserfolgs, betrachten müssen. Wären zweiundzwanzig deutsche Schulkinder bei einem Nagelbombenanschlag schwer verletzt oder neun deutsche Gewerbetreibende mit derselben Waffe ermordet worden, hätte die Mehrheitsgesellschaft sich zu Wort gemeldet. Dies hätte nicht nur die Bereitschaft des polizeifachlichen und politischen Führungspersonals gesteigert, im Interesse einer effektiveren Fahndung Konflikte mit anderen Behörden oder im Bund-Länder-Verhältnis in Kauf zu nehmen. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wären die Konflikte selbst erst gar nicht manifest geworden. Keiner der Beteiligten hätte sich leisten können, irgendwelche Maßnahmen, die der intensiveren Aufklärung hätten dienen können, zu behindern oder auch nur in Frage zu stellen.

Dieser Befund ist nicht etwa harmloser, er ist vielmehr beunruhigender als es eine Bestätigung der „Ethnisierungs"-Hypothese wäre, weil er ein generelles Risiko erkennen lässt: dass nämlich persönliche und politische Opportunitätskalküle im Umgang mit dem demokratischen Mehrheitsprinzip das Rechtsstaatsprinzip – hier der Gleichheit vor dem Gesetz beim staatlichen Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit – aushebeln können. Das Behördenversagen bei der Fahndung nach den NSU-Mördern ist daher kein Lehrstück für „strukturellen Rassismus" der Verwaltung, sondern für das Versagen administrativer und politischer Eliten vor Herausforderungen, die aus allgegenwärtigen Spannungsverhältnissen zwischen Demokratie und Rechtsstaat resultieren. *Wolfgang Seibel*

Wolfgang Seibel ist Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und Adjunct Professor an der Hertie School of Governance in Berlin. Eine ausführliche Analyse zum Thema dieses Beitrags veröffentlichte er 2014 (siehe Fußnote 1).

[5] Ebd., S. 673.

WAS IST WAHRHEIT?
BERATUNG VON OPFERN HÄUSLICHER GEWALT IN SÜDAFRIKA

Frauenhäuser sind eine zentrale Anlaufstelle für Frauen, die zu Hause Gewalt erfahren – hierzulande wie in Südafrika, wo Melanie Brand die ethnographische Feldforschung für ihr Dissertationsprojekt durchführte. Um Einblick in die Beratungspraktiken zu erhalten, die gegenüber Opfern häuslicher Gewalt angewandt werden, arbeitete sie eng mit Frauenhäusern in Pretoria zusammen. Mittels teilnehmender Beobachtung oder Interviews lernte sie darüber hinaus den Arbeitsalltag von Sozialarbeitern, Polizisten, Psychologen, Richtern und Mitarbeitern der Regierung sowie von Nichtregierungsorganisationen kennen. Auch nahm sie selbst an Fortbildungen für Beraterinnen teil.

Sie haben Ihr Dissertationsprojekt „Die Wahrheit der Gewalt" genannt. Geht es nicht vielmehr um Wahrheiten der Gewalt?

Brand Der Begriff Wahrheit ist in meinem Forschungsprojekt sehr zentral. Während wir in der Alltagssprache immer ‚die Wahrheit' im Singular gebrauchen, sprechen wir im Forschungskontext von Wahrheitsbehauptungen, die von der jeweiligen Perspektive abhängen: Wir fragen also, wessen Wahrheit dies ist, für wen oder in welchem Kontext. Die Wahrheit der Gewalt lässt sich vielschichtig deuten: Zum einen geht es darum, wie Gewalt subjektiv erfahren und dann Dritten gegenüber begreifbar gemacht wird. Zum anderen spielt in der Beratung der Opfer häuslicher Gewalt die Wahrheitsfindung auch eine sehr große Rolle.

Das rührt daher, dass in Südafrika noch immer ein großer Teil der Bevölkerung in Armut lebt und entsprechend viele Überlebensstrategien zu beobachten sind. Ins Frauenhaus zu gehen, um dort kostenlos Unterkunft, Nahrung und Kleidung zu bekommen, kann eine solche sein. Möglicherweise gibt eine Frau nur vor, häusliche Gewalt erfahren zu haben, da dies ein Aufnahmekriterium im Frauenhaus ist. Das bedeutet nicht, dass die Frau sich nicht in einer Notsituation befindet, nur vielleicht nicht in einer, die unter häusliche Gewalt fällt.

Was war der Grund, warum Sie Südafrika als Ort für Ihre Feldforschung wählten?

Brand Südafrika bietet spannende Perspektiven, weil dort so viele verschiedene Kontexte aufeinander treffen, alleine die Kolonialgeschichte und die postkolonialen Verbindungen zwischen Europa und Südafrika. Die EU hat als größter Geber im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor großen, monetär begründeten Einfluss. Darüber hinaus gibt es eine riesige Anzahl an verschiedenen NGOs sowie staatliche Organisationen mit Hilfsangeboten. Leider ist Südafrika auch deshalb ein idealer Forschungsort für mich, weil Gewalt dort ein großes Thema ist. Die Gesellschaft ist von Gewalt durchzogen, wie man es hier nicht kennt. Und insbesondere häusliche Gewalt gegen Frauen stellt ein schwerwiegendes Problem in allen Gesellschaftsschichten dar.

Welche Identitäten werden im Laufe eines Beratungsgespräches konstruiert?

Brand Wer in ein Frauenhaus kommt oder von der Polizei dorthin gebracht wird, hat sich selbst als Opfer von Gewalt bezeichnet oder wurde von anderen als solches identifiziert. Im Frauenhaus wird dann nochmals überprüft, ob diese Frau ‚wirklich' Opfer häuslicher Gewalt wurde. Der Domestic Violence Act gibt Opfern häuslicher Gewalt in Südafrika einen Anspruch auf Beratung. Die Opferidentität wird also auch juristisch konstruiert; aus ihr erwachsen verschiedene Rechte.

Sobald Frauen im Frauenhaus aufgenommen werden, sprechen die Beraterinnen – es sind übrigens ausschließlich weibliche Mitarbeiterinnen – von ‚Klientinnen': Hier spielt eine neo-liberale Perspektive mit hinein. Eine weitere Identitätskonstruktion klingt in dem Slogan „Turning victims into survivors", also aus Opfern Überlebende machen, an, und zwar die der *empowered woman*. So genannte *Empowerment*-Maßnahmen wie *life skills trainings,* zum Beispiel Kurse zu Kommunikation oder Kindererziehung, gehen jedoch zunächst auch von den Unzulänglichkeiten einer Frau aus, dem Fehlen grundlegender Kompetenzen.

WAS IST WAHRHEIT?
BERATUNG VON OPFERN HÄUSLICHER GEWALT IN SÜDAFRIKA

Inwiefern spielt eine Täteridentität hinein in das Beratungsgespräch?

Brand Die Beraterinnen im Frauenhaus benutzen schon der Einfachheit halber die Gegensatzpaare ‚Opfer' und ‚Täter'. Dagegen sprechen die betroffenen Frauen selbst nicht von einem Täter sondern von ihrem „Partner". Sie nehmen ihre Beziehung viel differenzierter wahr; schließlich befinden oder befanden sie sich in einer Beziehung mit dem anderen und eine Trennung in ‚Täter' und ‚Opfer' fällt da oft schwer.

Sehr spannend war, dass ich Zugang zu einer Organisation gewonnen habe, die sich ausschließlich an Täter häuslicher Gewalt richtet. Gerichtlich verurteilte Täter erhalten hier als letzte Chance eine Resozialisierungsmaßnahme. Das Programm läuft zehn bis zwölf Wochen, jede Woche zwei Stunden. In der Gruppensitzung mit einem Sozialarbeiter oder einer Sozialarbeiterin wird über häusliche Gewalt und Gewalt allgemein gesprochen, aber der Begriff ‚Täter' taucht nicht mehr auf. Letztlich geht es dort darum, den Männern Kommunikationstechniken und Strategien zur Aggressionsbewältigung an die Hand zu geben, um Krisensituationen auch ohne Gewalt meistern zu können. „Ihr seid nicht allein schuld", wird dort den Männern gesagt, „ihr habt eine Teilschuld, aber ein Teil der Verantwortung liegt auch bei eurer Frau." Dann wird ihnen erklärt, dass sie als *head of household*, als Mann im Haus, sehr viel Verantwortung für die Beziehung und für das Wohlbefinden ihrer Frau haben; und dass sie sich deshalb Fähigkeiten der Kommunikation und Konfliktlösung aneignen müssen, um zu vermeiden, dass es ihrer Frau schlecht geht. Das fand ich sehr aufschlussreich, weil diese Rhetorik der Teilschuld im Frauenhaus nicht vorkam.

Wie stellen die beratenden Instanzen fest, dass das Opfer tatsächlich ein Opfer ist?

Brand In Frauenhäusern gibt es sehr viele Mechanismen der Dokumentation. Nach dem Aufnahmegespräch wird eine Akte erstellt, die alle relevanten Daten und Aussagen der Frau aufnimmt und über einen langen Zeitraum hinweg nachvollziehbar macht, ob ihre Geschichte noch stimmig ist. Wenn eine Frau beim ersten Gespräch nach ihren Gewalterfahrungen gefragt wird, geht es besonders darum, ob ihre Geschichte glaubwürdig und authentisch wirkt. Eine stimmige, authentische Geschichte ist ein wichtiges Merkmal von Wahrheit. Auch wie die Frau sich sonst im Frauenhaus verhält, wird aufgezeichnet. In einem der mir bekannten Häuser führen die *housemothers*, die sich um die praktischen Dinge des täglichen Zusammenlebens kümmern, zum Beispiel eine Art Tagebuch, in dem sie alle möglichen Vorfälle aufschreiben: Was ist letzte Woche passiert? Welche Frau hat was gemacht? Wer hat mit wem gestritten?

Wenn die Betroffene nichts dagegen hat, rufen die Beraterinnen auch bei Verwandten und Angehörigen an und versuchen herauszufinden, ob sich die verschiedenen Darstellungen decken. Gleichzeitig suchen sie natürlich nach alternativen Lösungen für die Frau, etwa, ob sie zu ihrer Familie zurückgehen könnte, und versuchen, etwaige Streitigkeiten in der Familie zu schlichten. Die Anrufe haben aber eindeutig auch den Zweck der Wahrheitsfindung.

Inwiefern beeinflussen äußere Bedingungen dieses erste Gespräch?

Brand Die Situation ist von Anfang an durch eine starke Hierarchie gekennzeichnet. Die Beraterin ist Expertin und hat in dieser Konstellation sehr viel Macht, über die Zukunft der potentiellen Klientinnen zu entscheiden. Diese wiederum wissen, dass es darauf ankommt, die Beraterin zu überzeugen.

Die Aufnahmebögen unterscheiden sich zwar von Haus zu Haus, aber immer werden verschiedene traumatische Erlebnisse aufgegriffen und besprochen: „Wann haben Sie zum ersten Mal in Ihrem Leben Gewalt erfahren und von wem? Wurden Sie schon einmal vergewaltigt? Hatten Sie einen Schwangerschaftsabbruch?" Der äußere Rahmen bestimmt sehr, wie die Frau sich selbst erzählt und sich möglicherweise auch selbst wahrnimmt.

Vielen der Frauen, die ich in den Frauenhäusern kennen gelernt habe, verlangt der Schritt, aus ihrem persönlichen Umfeld heraus in die Institution zu gehen, allein schon sehr

WAHRH

Blick von der Küche in den *skill room* eines Frauenhauses

viel Mut und Kraft ab. Für die Beraterinnen fängt da der Prozess aber erst an. Und sie wissen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Frau im Frauenhaus bleibt und nicht zum Partner zurückkehrt, sehr gering ist.

Welchen Einfluss haben in Südafrika bestehende Vorstellungen von Geschlechterrollen? Und versuchen die Beratungen, diese zu verändern?

Brand Die Beratungen versuchen massiv, Einfluss auf bestehende Geschlechterrollen und Verhaltensmuster zu nehmen. Die Frauenhäuser, die ich besuchte, hatten vorwiegend Klientinnen aus der schwarzen Bevölkerung, was damit zu tun hat, dass die Häuser in den Stadtvierteln Pretorias liegen, die eher von der schwarzen Bevölkerung bewohnt werden. Südafrika ist in dieser Hinsicht noch ziemlich segregiert. Oft begannen Frauen mit dem Satz: „You know, in our black culture…“ Und dann wurde mir erzählt, dass Frauen in der schwarzen Kultur oft einfach die schlechtere Position gegenüber dem Mann haben. Häusliche Gewalt gegen Frauen wird oft als ein exklusives Problem der ärmeren *black community* wahrgenommen, was natürlich nicht stimmt. In der christlichen afrikaansen Bevölkerung bieten zum Beispiel Kirchen Hilfe für Frauen in Notsituationen an, was aber auch bedeutet, dass Gewalt hier in der Öffentlichkeit weniger sichtbar wird.

Allgemein orientieren sich die Beratungsinstitutionen zumeist an europäischen Idealen, besonders der Frauenbewegung, und es geht häufig darum, dass die Frau sich emanzipiert, am besten berufstätig wird und ihr eigenes Geld verdient. Im südafrikanischen Kontext kann dies aber ziemlich problematisch sein: Oft haben mir Frauen erzählt, dass gerade ihre finanzielle Unabhängigkeit ihre Beziehung sehr belastete, weil sich der Mann als zuständig für das Einkommen sehe. Wenn Institutionen versuchen, Rollenmodelle aufzubrechen, ohne die Männer einzubeziehen, führt das oft zu heftigen Konflikten.

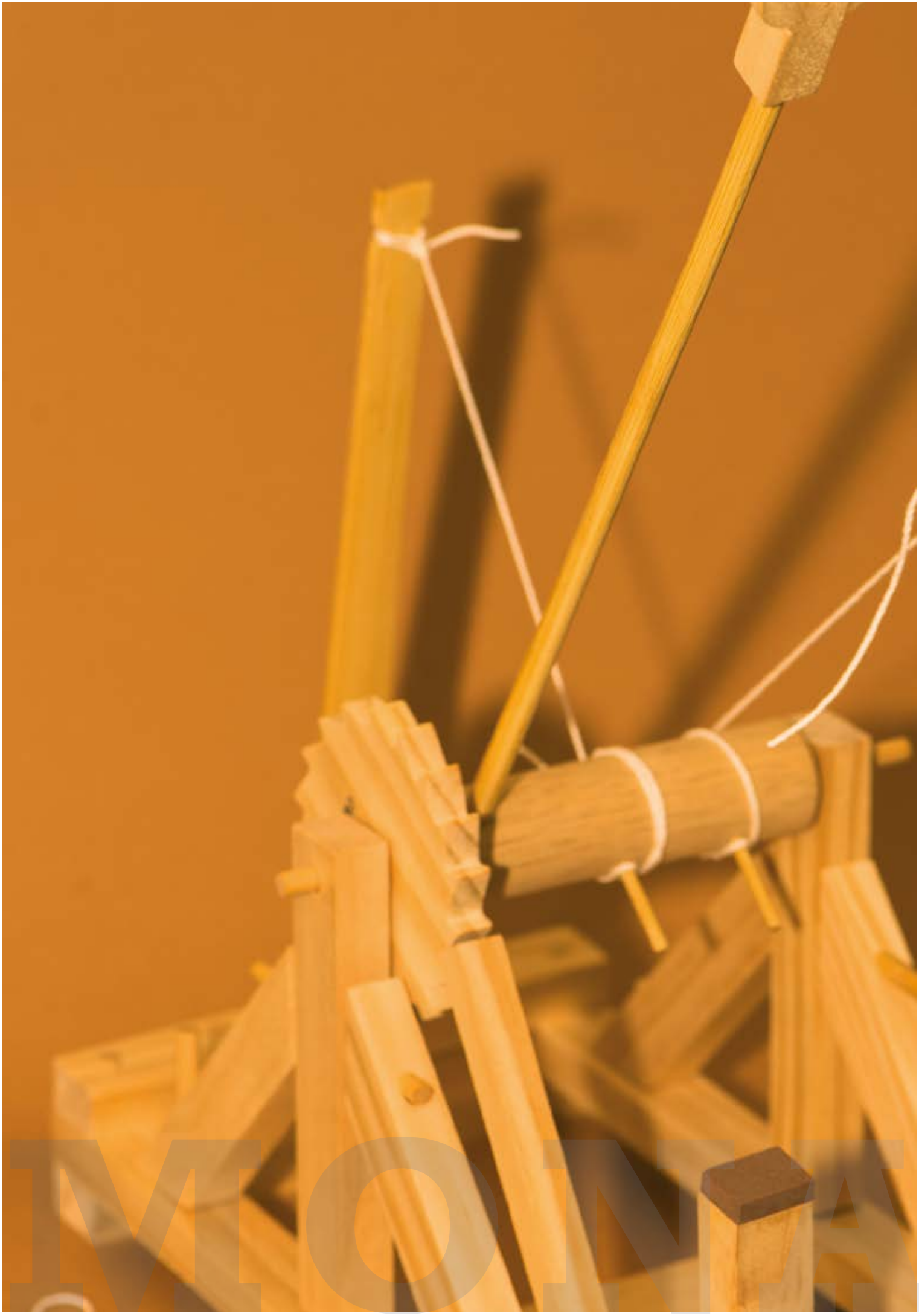
Das haben auch die Männer in dem Täter-Reintegrationsprogramm bestätigt. Ein Mann erzählte, dass seine Frau einen kleinen Friseurladen aufgemacht hatte. Während er seit kurzem arbeitslos war, verdiente sie und tätigte Einkäufe, ohne um Geld fragen zu müssen. Dies hat die Beziehungsdynamik komplett umgekehrt. Diese Problemlage wird von den Institutionen oft nicht aufgegriffen, weil sich diese entweder an die Frauen oder an die Männer richten. Der Berater der Reintegrationsgruppe erklärte mir auch, warum er nicht über Emanzipation spricht: In Einzelgesprächen mit den Tätern wurde ihm schnell klar, dass er diese sofort verlieren würde, wenn er Gleichberechtigung ins Spiel brächte. Daher arbeitet er lieber mit den bestehenden Strukturen, um diese Männer zumindest in Sachen Gewaltbereitschaft zum Umdenken zu bewegen.

Gibt es Schritte hin zu einer besseren Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen?

Brand Von den Beraterinnen und Sozialarbeiterinnen wird es als großes Problem empfunden, dass es wenig Kontakt zu den jeweils anderen Organisationen gibt. Zum Abschluss meiner Feldforschung habe ich in Pretoria einen Workshop organisiert, um allen, die in ihrer Arbeit mit häuslicher Gewalt zu tun haben, erste Ergebnisse meines Projekts vorzustellen. Den Auftakt bildete eine Grundsatzrede von EU-Botschafter Roeland van de Geer, der hervorhob, dass es sich bei häuslicher Gewalt nicht um ein ‚südafrikanisches Problem' handele, sondern Gewalt gegen Frauen auch in den EU-Mitgliedsstaaten ein großes Problem darstelle. Im Workshop ging es mir aber vor allem darum, den Beraterinnen und Beratern eine Plattform zu bieten, um miteinander ins Gespräch zu kommen. Meine Forschung hat sehr von der vielen Zeit, die mir geschenkt wurde, und von der Bereitschaft, mir Dinge zu erklären und mir Einblicke in verschiedenste Arbeitsalltage zu ermöglichen, profitiert. Da wollte ich etwas zurückgeben.

Das Interview führte Claudia Marion Voigtmann.

Melanie Brand promoviert im Doktorandenkolleg „Europa in der globalisierten Welt“ zum Thema „Die Wahrheit der Gewalt. Häusliche Gewalt gegenüber Frauen und Identitätspolitik im Kontext von Beratungspraktiken in Südafrika“.



Am augenfälligsten ist das Vermächtnis der politischen Theorie und Praxis der Griechen und Römer heute im Bereich republikanischer Politik und Ideologie, was bereits am modernen politischen Vokabular deutlich wird, in dem Begriffe wie Demokratie, Oligarchie, Demagogie und natürlich auch Politik selbst allgegenwärtig sind – Begriffe, die direkt aus der politischen Sprache der griechischen Antike stammen. Dagegen wird Monarchie selbst in der Forschung meist eher mit dem Mittelalter, dem Absolutismus der frühen Neuzeit oder mit dem Alten Orient assoziiert. Obwohl es natürlich allgemein bekannt ist, dass die beiden bedeutendsten griechischen Philosophen – Platon und Aristoteles – viel über die Alleinherrschaft nachdachten und sie in ihren Werken thematisieren, und obwohl auch das Römische Kaiserreich letztlich eine Art Monarchie war, würde man Monarchie generell nicht automatisch mit der griechisch-römischen Antike assoziieren. Ist das ein Paradox? Schließlich war die Monarchie spätestens seit der Zeit Alexanders des Großen fester Bestandteil der Geschichte der Griechen und der Römer. Könnte es sein, dass wir, wenn von der griechisch-römischen Antike die Rede ist, tatsächlich nur die Römische Republik und Athen im Perkleischen Zeitalter meinen? Haben wir es also schlicht mit einem klassizistischen Vorurteil zu tun?

Ganz so einfach scheint es dann doch nicht zu sein. Dass die Alleinherrschaft gewöhnlich nicht als typische Form politischer Ordnung der griechisch-römischen Antike wahrgenommen wird, liegt nicht daran, dass sie selten vorkam – das war nicht der Fall. Entscheidend ist vielmehr der Umstand, dass die Alleinherrschaft als solche in jener Welt ein Fremdkörper war, da sie mit nicht-verhandelbaren Aspekten griechisch-römischer politischer Ideologie und den vorherrschenden Wertesystemen in Konflikt stand. Und es waren eben diese Wertesysteme, die in den literarischen Texten verankert wurden, mittels derer das Vermächtnis der politischen Kultur der Antike durch die Jahrhunderte bis in unsere Zeit überliefert wurde. Einfach ausgedrückt konnten weder Griechen noch Römer überzeugende Gründe finden, warum es wünschenswert sein sollte, von einem einzelnen Individuum beherrscht zu werden.

Die Macht, die ein solches Individuum über die politische Gemeinschaft hat, war für sie wesentlich nicht von der Macht eines Sklavenhalters über seine Sklaven unterschieden: Freiheit und Alleinherrschaft waren daher nicht wirklich vereinbar und Freiheit war der Eckpfeiler der griechischen und römischen politischen Ideologie. Während im Europa der frühen Moderne die Monarchie *per se* als legitim akzeptiert wurde und man eine Ad-hoc-Begründung benötigte, um gegen sie, oder genauer gegen einen bestimmten Herrscher, zu argumentieren, war in der griechisch-römischen Antike das genaue Gegenteil der Fall: die Legitimität der Monarchie musste diskursiv untermauert werden, und zwar üblicherweise als außergewöhnlicher Einzelfall, um für die entsprechende politische Ordnung Akzeptanz aufzubauen.

Dieser prekäre Status der Monarchie im Rahmen sozialer Normen und politischer Ideologie hat in der historischen Praxis ein Gegenstück. Obwohl Alleinherrschaften ja bei den Griechen und Römern durchaus häufig vorkamen, waren dynastische Strukturen des Machttransfers nur rudimentär vorhanden, so dass die Thronnachfolge üblicherweise zum Moment der Krise wurde, oft verbunden mit Gewalt und Usurpation. Skandalträchtige Geschichten davon, wie die Kaiser der Julisch-claudischen Dynastie jeweils die Macht übernahmen – von Caligula wird etwa vermutet, dass er seinen Vorgänger Tiberius ermordete – muten wie ein Katalog von Schreckensszenarien an.

Diese historischen Phänomene deuten auf einen grundlegenden Aspekt antiker Alleinherrschaft hin, der am besten mithilfe von Max Webers Typologie der legitimen Herrschaft artikuliert und verstanden werden kann. Während in Webers Terminologie die meisten Monarchien im Europa des Mittelalters und der frühen Moderne als Beispiele „traditioneller Herrschaft“ beschrieben werden können, gelang es jenen der Antike nie, eine vergleichbar unangefochtene Legitimität

zu entwickeln, so dass sie nur als „charismatisch“ legitimiert betrachtet werden können. Mit anderen Worten: Obwohl der Alleinherrschaft als solche keine Legitimität zugestanden wurde, konnten individuelle Herrscher ihre Macht über ihnen angeblich inhärente persönliche Prärogative und Eigenschaften festigen, von denen behauptet wurde, dass sie dem Wohl der Gemeinschaft zuträglich oder sogar notwendig für dasselbe seien. Die kriegerischen Könige der hellenistischen Zeit, vom Tod Alexanders des Großen bis hin zur Eroberung der griechischen Welt durch Rom, stützten ihre Position typischerweise mit militärischen Erfolgen. Das Versprechen, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, kam sonst auch häufig vor. Kaiser Trajan gelang es sogar, für sich die Bezeichnung *optimus princeps* zu etablieren – der „bestmögliche Monarch“. Die Kehrseite dessen war, dass die Monarchen der Griechen und Römer ständig mit einem zwar latenten, aber permanenten Akzeptanzdefizit konfrontiert waren, gegen das sie dann auf die eine oder andere Weise anarbeiten mussten.

Dieses Paradox der Monarchie in der Antike verschwand allmählich, als sich im Römischen Reich die Idee einer Ordnung des Universums durchsetze, in der ein einziger Schöpfer für das Ganze verantwortlich war. Der Triumph des Monotheismus ab dem vierten Jahrhundert – oft mit Konstantin dem Großen (ca. 272-337 n.Chr.) assoziiert – trug viel dazu bei, die Monarchie als legitime, und sogar als natürliche und ideale politische Ordnung zu etablieren, die eine Widerspieglung der gottgewollten Struktur des Universums in dieser Welt darstellt. Es kam jedoch trotzdem nicht sofort zu einer Routinisierung des Machttransfers, wie das nach wie vor äußerst prekäre System der Thronfolge im Byzantinischen Reich zeigt.

Die Forschung hat bis vor kurzem diesen charakteristischen Eigenschaften griechischer und römischer Monarchien relativ wenig Beachtung geschenkt. Das liegt daran, dass nur eine vergleichende Analyse, die über die Grenzen der antiken Welt hinausblickt, sie sichtbar machen kann. Die Monarchie ist also ein idealer Gegenstand kollaborativer Forschung, bei der Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Fachkompetenzen zusammenarbeiten. Im Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ wurde im Rahmen des Projekts „Zwischen Tyrannis und Gottesgnadentum: Antike Alleinherrschaften im interkulturellen Vergleich” auf eben diese Weise vorgegangen. Die Ergebnisse dieses Projekts sind vor allem in einer neuen Buchreihe mit dem Titel *Studies in Ancient Monarchies* (SAM) zu finden – zwei Monographien wurden bereits veröffentlicht, eine dritte Veröffentlichung steht an und weitere sind in Arbeit. Über die Universität Konstanz hinaus vernetzt dieses Projekt Wissenschaftler von Heidelberg über Münster bis nach Princeton und Austin, Texas. Sie alle haben diesen mehrjährigen intensiven intellektuellen Austausch als äußert bereichernd erlebt – und das gilt in höchstem Maße auch für mich selbst.

Echte Tyrannen und utopische Monarchen

Die Anfänge der turbulenten Geschichte der Monarchie bei den Griechen sind in der Archaik zu finden, und genauer im siebten Jahrhundert v. Chr. Damals kam es zu einem Phänomen, das neben seiner direkten historischen Signifikanz einen Einfluss auf das Verständnis von Monarchie hatte, der von der Antike bis zu Machiavelli und über ihn hinaus reichen sollte: nämlich der Tyrannis. In gewisser Hinsicht wurde wohl die Entstehung der Tyrannis wie viele andere kulturelle Innovationen der Archaik auch vom Austausch zwischen Griechen und dem Nahen Osten angeregt. Zugleich aber scheinen bestimmte Aspekte der griechischen Tyrannis auf spezifische politische Dynamiken der Archaik zu reagieren, wie etwa den Bedarf nach Streitschlichtung der konfliktfreudigen Eliten junger griechischer Poleis oder den zunehmend lauteren Forderungen nach sozialer Fairness und Gerechtigkeit. Wie angemessen diese Reaktion letztlich war, sei dabei dahingestellt: Die archaische Tyrannis war, was immer sonst über sie zu sagen ist, eine Form unkonstitutioneller und – zumindest theoretisch – absoluter Herrschaft.

Ob sie aber zudem despotisch und unbeliebt war, wie unsere Quellen uns weismachen wollen, ist damit noch nicht gesagt. In der Forschung wurden im Laufe der Zeit unterschiedliche Positionen vertreten, die davon, die archaische Tyrannis als ultimativen Ausdruck des Statuswettkampfs der Aristokraten zu sehen, bis dahin reichten, sie als populistische und anti-aristo-

MONA

kratische Herrschaftsform zu beschreiben. Diese Ungewissheit hat viel damit zu tun, dass die konkreten politischen Dynamiken in unseren Quellen gewöhnlich nicht in voller Deutlichkeit dokumentiert werden, da die überwältigende Mehrheit derselben sie rückblickend beschreibt, aus dem späten fünften Jahrhundert oder mit noch größerem Abstand. Was hingegen ganz deutlich zutage tritt, ist ein psychologisches Porträt des Tyrannen, der sich als wahres Monster entpuppt, beherrscht von ungezügelten kriminellen Trieben, von Grausamkeit, Gier und sexueller Perversion. Lange bevor Platon im achten Buch der *Politeia* ein so eindrückliches Bild des Werwolf-Tyrannen entwarf, hatte Herodot ihn bereits als abscheulichen, von seinen Begehrlichkeiten und Ängsten beherrschten Mann geschildert. Dass wir es hier nicht mit Geschichte, sondern mit politischer Ideologie zu tun haben, kann nicht ernsthaft bezweifelt werden.

Nach dem Ende der Archaik, also ab dem fünften Jahrhundert, wurden tatsächliche Tyrannen in den griechischen Poleis sehr viel seltener, doch als Konstrukt politischer Ideologie war der Tyrann vitaler als je zuvor. Die politischen Denker Griechenlands befassten sich weiter mit der Alleinherrschaft, die Gegenstand einiger der bedeutendsten Debatten dieser Zeit war, und dabei trafen sie auf die Maske des Tyrannen: Ihr Ideal eines Monarchen war schlicht die Kehrseite des Tyrannen, gewissermaßen die gute Seite von Italo Calvinos geteiltem Visconte. Ein solcher Herrscher konnte natürlich nur eine utopische Schöpfung sein, Symbol eines Zustands politischer Vollkommenheit, in dem die Freiheit nicht zum Schutz der Bürger vor der Willkür der Macht gebraucht wird. Doch bereits Platons monarchistische Utopie war im Grunde schlicht die Umkehrung einer tyrannischen Dystopie. Die Tyrannis war ein diskursives Konstrukt und der entsprechende Diskurs, im Foucault'schen Sinne, zieht sich durch die Werke griechischer und römischer Historiker und Philosophen, prägte auch allgemeiner den Diskurs ihrer Gesellschaft und warf seinen langen Schatten weit in die folgenden Jahrhunderte.

Das Vermächtnis des griechisch-römischen Diskurses der Tyrannis

Welche Lebenskraft sich der griechische Diskurs der Tyrannis historisch noch weit über die Antike hinaus bewahrte, ist höchst eindrucksvoll. So diente er im zwölften Jahrhundert – vermittelt über römische Autoren und vor allem Cicero – der von Johannes von Salisbury, dem Sekretär von Thomas Beckett, ausgearbeiteten Idee des Tyrannenmords als Grundlage. In derselben Epoche bezichtigte Bernhard von Clairvaux im Auftrag des Papstes Innozenz II. den neu eingesetzten König Roger II. von Sizilien der Tyrannis. Zur letzten großen Renaissance des griechischen Tyrannen kam es direkt an der Schwelle zur Moderne, als der Begriff als Rückgrat humanistischer Traktate wieder auflebte, etwa dem *Tractatus de Tyranno* von Bartolo da Sassoferrato oder dem gleichnamigen Werk von Coluccio Salutati.

Ein politisches Verständnis der Monarchie, frei vom Schatten des Tyrannen und von der mittelalterlichen Vorstellung des Monarchen als eines Repräsentanten Gottes, wurde erst auf der Grundlage eines abstrakten und moralisch neutralen Machtbegriffs möglich, wie er in Niccolò Machiavellis Werk zu finden ist. Wie Leo Strauss in einer berühmten Passage seines Werks über Xenophons „Hieron" anmerkt, brach Machiavelli mit seiner bewussten Gleichgültigkeit gegenüber der Unterscheidung zwischen Monarch und Tyrann mit der gesamten Tradition der Politikwissenschaft und ebnete so einer neuen Art, Monarchien und allgemeiner politische Macht zu analysieren, den Weg. In diesem neuen theoretischen Paradigma verlor der griechische Diskurs der Tyrannis stark an Plausibilität und kulturellem Nutzen. So konnte letztlich erst mit dem Tod des antiken Tyrannen ein moderner Begriff des Staates entstehen – der oft als neuer gesichtsloser Despot empfunden wird. ***Nino Luraghi***

Nino Luraghi ist Professor of Classics an der Princeton University. 2011 sowie 2013/14 forschte er am Kulturwissenschaftlichen Kolleg. Aus dem erwähnten Cluster-Projekt entstanden Publikationen wie das von ihm herausgegebene Buch *The Splendors and Miseries of Ruling Alone: Encounters with Monarchy from Archaic Greece to the Hellenistic Mediterranean* (Stuttgart, 2013).

Kg
VICTORIA

INTEGRATION DURCH BILDUNG?
DAS MODELL DES SOZIALINVESTITIONSSTAATES AUF DEM PRÜFSTAND

Der Sozialstaat steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer Vielzahl von scheinbar kaum zu bewältigenden Herausforderungen: Der demographische Wandel und die damit einhergehende Alterung der Bevölkerung führen zu steigenden Sozialausgaben in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege. Zudem ändern sich traditionelle Familienstrukturen, was sich unter anderem in der zunehmenden Zahl von alleinerziehenden Eltern zeigt, sodass neue Anforderungen im Bereich Erziehung und Familienpolitik an den Sozialstaat gestellt werden. Des Weiteren ist ein allgemeiner Trend zunehmender sozialer Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen zu beobachten: Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander. Trotz der steigenden Erwartungen und Anforderungen an den Sozialstaat schrumpfen die fiskalpolitischen Spielräume, diese zu bedienen – eine Situation, die sich im Zuge der andauernden Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrisen verschärft hat.

Vor diesem Hintergrund erfreut sich in akademischen und öffentlichen Debatten das Konzept des Sozialinvestitionsstaates zunehmender Beliebtheit.[1] Befürworter dieses Konzeptes wie Gøsta Esping-Andersen oder Anton Hemerijck [2] plädieren für eine Neuausrichtung der Sozialpolitik. In ihren Augen setzt der klassische Sozialversicherungsstaat zu stark darauf, soziale Risiken erst nachträglich durch passive Instrumente wie Sozialtransfers abzusichern. So zahlt beispielsweise die Arbeitslosenversicherung erst dann Arbeitslosengeld, wenn die Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist.

In Bildung investieren statt Sozialrisiken versichern

Der Sozialinvestitionsstaat, eng verwandt mit dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaats, setzt hingegen früher an. Indem der Staat frühzeitig und aktiv eingreift, soll der Entstehung von sozialen Risiken vorgebeugt werden, sodass der Sozialstaat gar nicht erst nachträglich eingreifen muss. Konkrete Beispiele für die vorgeschlagene Neuausrichtung der Sozialpolitik gibt es viele, zum Beispiel eine Förderung der frühkindlichen Erziehung, der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Weiterbildung und der Familienpolitik.

Somit wird deutlich, dass Investitionen in Bildung einen besonderen Stellenwert im Modell des Sozialinvestitionsstaates haben. Dahinter steht die These, dass es einen engen Zusammenhang zwischen den individuellen Bildungsinvestitionen einerseits und Einkommen und Lebenschancen andererseits gibt. Je mehr Bildung, desto höher das Einkommen und desto besser die Arbeitsmarktchancen. In anderen Worten formuliert: Ein verbesserter Zugang zu Bildung für diejenigen, die bisher ausgeschlossen sind, würde präventiv der Entstehung sozialer Ungleichheit entgegenwirken.

Die These vom linearen und direkten Zusammenhang zwischen Bildungsinvestitionen und der Einkommensverteilung könnte jedoch zu einfach sein. Macht es vielleicht einen Unterschied, ob Bildungsinvestitionen privat oder öffentlich finanziert werden? Und hängt die effektive Reduzierung von sozialer Ungleichheit nicht davon ab, um welchen Sektor des Bildungssystems es sich handelt?

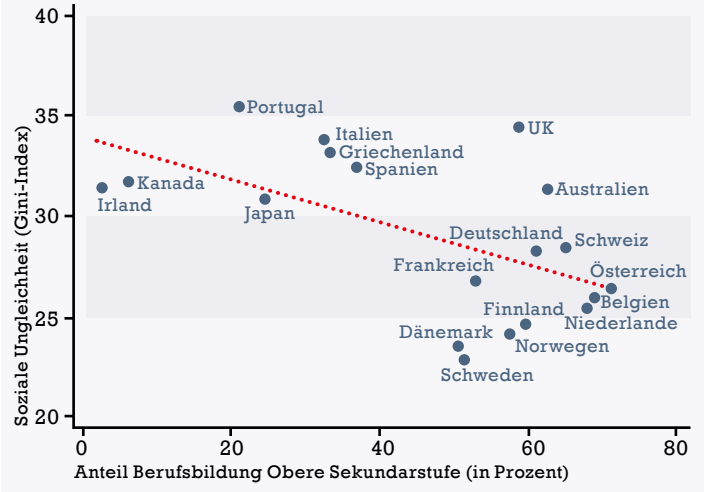
Empirische Befunde

Abbildung 1 belegt einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß sozialer Ungleichheit einerseits und dem Anteil von Schülerinnen und Schülern in beruflichen statt akademischen Bildungsgängen auf dem Niveau der oberen Sekundarstufe andererseits. Bei Letzterem geht es also darum, wie hoch die relative Bedeutung von Berufsbildung als Alternative zum Gymnasium ist. Wie bei den nachfolgenden Daten handelt es sich um Durchschnittswerte für die Jahre 1998-2008. In der ähnlich aufgebauten Abbildung 2 wird auf der x-Achse die Studierendenquote erfasst: Welchen Anteil haben Studierende an Universitäten und Hochschulen an einer typischen Alterskohorte? Die „Brutto"-Studierendenquote ist ein grobes, dafür recht robustes Maß, um die Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich anteilsmäßig zu berechnen. Denn Faktoren wie Studienabbrecherquoten, Bildungsmigration und unterschiedliche Altersstrukturen in der Bildungsbeteiligung werden nicht berücksichtigt.

[1] Vgl. für einen Überblick Morel et al. (2012).
[2] Vgl. Esping-Andersen (2002); Hemerijck (2013).

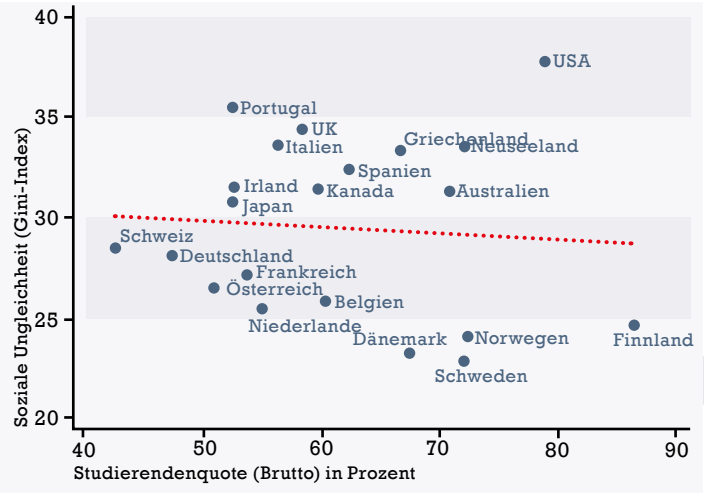
Die Befunde beruhen auf weitergehenden statistischen Analysen, die hier auch aus Platzgründen nicht dargestellt werden können.[3] Ich beschränke mich hierbei auf die Gruppe der westlichen OECD-Staaten.

Abb. 1: Statistischer Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und der relativen Bedeutung von beruflichen Bildungsgängen.



Quellen: Solt, Frederick, „Standardizing the World Income Inequality Database", in: *Social Science Quarterly* 90 (2009), S. 231-242 (Gini-Index), OECD *Education Statistics Database* (Anteil Berufsbildung).

Abb. 2: Statistischer Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Brutto-Studierendenquote



Quellen: Solt (2009) (s.o.; Gini-Index), UNESCO Institute for Statistics.

Zusammen betrachtet liefern Abbildung 1 und 2 eine wichtige Erkenntnis: Es gibt einen statistisch signifikanten negativen Zusammenhang zwischen dem Anteil der Schülerinnen und Schüler in beruflichen Bildungsgängen und dem Ausmaß sozialer Ungleichheit, aber keinen Zusammenhang zwischen der Studierendenquote und Ungleichheit. Einfacher formuliert: Ein ausgebautes berufliches Bildungswesen hängt zusammen mit niedrigerer sozialer Ungleichheit, aber ein offener Zugang zu Hochschulbildung ist an sich noch nicht hinreichend dafür. Ein plausibler Grund dafür ist die Tatsache, dass Investitionen in die berufliche Bildung vor allem denjenigen zukommen, die vergleichsweise weniger akademische Kompetenzen besitzen. Erweitert man den Zugang zu Universitäten und Hochschulen hingegen, nützt dies vor allem Menschen mit durchschnittlichen oder überdurchschnittlichen akademischen Fertigkeiten.

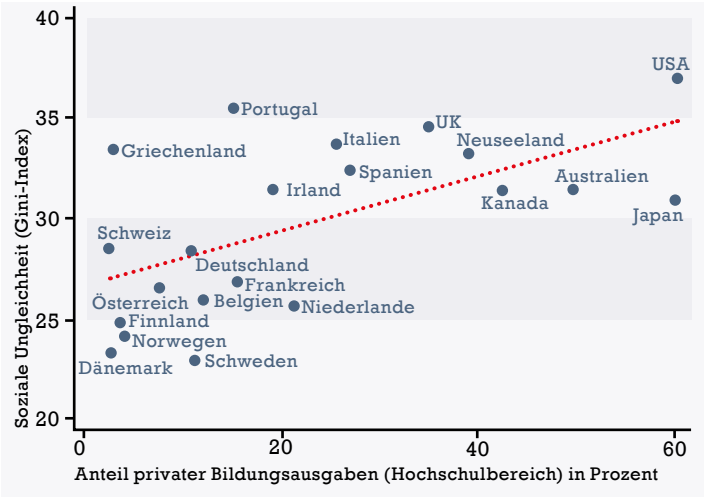
Ob und wie zunehmende Bildungsbeteiligung im Hochschulsektor sich auf Ungleichheit im Arbeitsmarkt auswirkt, hängt neben der institutionellen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes wesentlich davon ab, ob diese Investitionen privat oder öffentlich finanziert werden. Abbildung 3 dokumentiert daher den statistischen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß sozialer Ungleichheit einerseits und dem Anteil privater Ausgaben an den Bildungsausgaben im Hochschulbereich andererseits. Die Abbildung zeigt, dass ein höherer Anteil an privaten Bildungsausgaben mit einer höheren sozialen Ungleichheit korreliert. Es handelt sich hierbei wohlgemerkt um eine Korrelation, nicht notwendigerweise um einen kausalen Zusammenhang. Eine plausible Begründung könnte sein, dass Menschen, die einen großen Teil ihrer Bildungsinvestitionen aus eigener Tasche finanzieren müssen, weniger bereit sind, staatliche Umverteilungspolitik zu unterstützen. Denn sie sind auf hohe Einkommen angewiesen, um ihre Bildungsschulden zurückzuzahlen. Dieser Mechanismus dürfte vor allem in Ländern mit hohen Studiengebühren und liberalen Arbeitsmärkten zum Tragen kommen, zum Beispiel den USA, Japan oder Kanada. Eventuell ermöglicht aber auch erst eine große soziale Ungleichheit hohe private Bildungsausgaben. Denn diese können nur von Individuen mit hohen Einkommen finanziert werden. Auch kulturelle Faktoren könnten eine Rolle spielen: In Ländern mit einer ausgeprägt

[3] Vgl. Busemeyer (2015).

INTEGRATION DURCH BILDUNG?
AS MODELL DES SOZIALINVESTITIONSSTAATES
F DEM PRÜFSTAND

individualistischen Kultur ist womöglich die Bereitschaft höher, soziale Ungleichheit zu tolerieren und Bildungsinvestitionen privat zu finanzieren. Umgekehrt dürfte die Toleranz für soziale Ungleichheit in Ländern mit ausgeprägt kollektivistischer Kultur geringer sein und die Unterstützung für staatliche Lösungen in der Bildungs- und Sozialpolitik höher.

Abb. 3: Statistischer Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und dem Anteil privater Bildungsausgaben.



Quellen: Solt (2009) (s.o.; Gini-Index), OECD *Education Statistics Database*.

Bildung ist zentral, aber auch kein Wundermittel

Kann also der Sozialinvestitionsstaat – insbesondere Bildungsinvestitionen – einen Beitrag zur Reduzierung von sozialer Ungleichheit leisten? Dieser Beitrag argumentiert, dass Bildungsinvestitionen zentral, aber auch kein Wundermittel gegen zunehmende soziale Ungleichheit sind. Ein statistischer Zusammenhang mit einer verringerten sozialen Ungleichheit lässt sich nur nachweisen, wenn zweierlei gegeben ist: Die Bildungsinvestitionen müssen auf Bildungsbereiche zielen, die vor allem die Beteiligungschancen der Geringqualifizierten verbessern (berufliche Bildung).

Und die Bildungsausgaben müssen aus öffentlichen Quellen statt aus privaten Mitteln fließen. Gezielte Investitionen in bestimmte Bildungsbereiche (berufliche Bildung, unter Umständen auch lebenslanges Lernen und frühkindliche Erziehung, wenngleich diese Felder hier nicht näher untersucht wurden) scheinen zielführender und effektiver zu sein, als die Ausgaben zu steigern und nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen. Es zeigt sich darüber hinaus, dass Bildungsinvestitionen einen komplementären Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheit leisten können, dabei die traditionellen Sozialtransfers aber nicht vollständig ersetzen können: „Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts braucht zwei Beine.“ [4]

Marius R. Busemeyer

Literatur

Allmendinger, Jutta, „Der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts braucht zwei Beine“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 45* (2009), S. 3-5.
Busemeyer, Marius R., *Skills and inequality. The political economy of education and training reforms in western welfare states* (Cambridge, 2015).
Esping-Andersen, Gøsta, „A child-centred social investment strategy“, in: Esping-Andersen, Gøsta/Gallie, Duncan/Hemerijk, Anton/Myers, John (Hg.), *Why we need a new welfare state*, (Oxford, 2002), S. 26-67.
Hemerijck, Anton, *Changing welfare states*, (Oxford, 2013).
Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim, „Beyond the welfare state as we knew it?“, in: Morel, Nathalie/Palier, Bruno/Palme, Joakim (Hg.), *Towards a social investment welfare state? Ideas, policies and challenges*, (Bristol, 2012), S. 1-30.

Marius R. Busemeyer ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz. Am Kulturwissenschaftlichen Kolleg forschte er 2013/14 über „Bildungswelten, soziale Ungleichheit und Kulturen der Ökonomie“ und veröffentlichte 2014 *Skills and Inequality. Partisan Politics and the Political Economy of Education Reforms in Western Welfare States (Cambridge, 2013)*.

[4] Allmendinger (2009).

12
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

@000 SWATCH-.BEATS
DIE SUCHE NACH EINER EINHEITLICHEN INTERNETZEIT

Ende der 1990er Jahre plant das schweizerische Unternehmen Swatch eine Revolution der Zeitrechnung: Durch einen geschickten Marketing-Clou verbindet das Unternehmen die Einführung eines neuen Designs von Armbanduhren, die mit digitalen Displays ausgestattet sind, mit der aufblühenden Netzkultur.[1] Swatch propagiert eine Zeitordnung des Internet, die eine Welt ohne Zeitzonen ermöglicht – eine Einheitszeit, die unabhängig von differenten Ortszeiten verläuft.

Die projektierte Zeitordnung des Unternehmens sieht eine radikale Änderung der Uhrenzeit vor: Die Swatch-Internetzeit zerlegt den Tag in 1000 sogenannte *.beats*, die je 86,4 Sekunden lang sind, und verspricht damit eine leichter berechenbare Taktung. Mit dieser dezimalen Zeitrechnung stellt sich Swatch in die Tradition von Unternehmungen, die die bestehende Zeitordnung revolutionieren wollten, wie beispielsweise der französische Revolutionskalender im Jahr 1793: Hier sah das vorgeschlagene Dezimalsystem eine Unterteilung des Tages in 10 Stunden vor, die wiederum aus 100 Minuten mit je 100 Sekunden bestehen sollten.

Swatch führt als offizielle Referenz für die Beat Time sogar einen neuen Meridian ein, der durch den Firmensitz der Swatch Group im schweizerischen Biel verläuft. Mitternacht mitteleuropäischer Zeit – Winterzeit, die Sommerzeit wird nicht berücksichtigt – entspricht @000 Swatch-.beats Internet Time. Gemessen an der Greenwich Mean Time bzw. an der sie seit 1972 ersetzenden Koordinierten Weltzeit (Coordinated Universal Time – UTC) orientiert sich die Swatch-Internetzeit an der (mitteleuropäischen) Zeitzone UTC+1. Damit verankert sie sich selbst in der alten Zeitordnung. Die neue Biel Mean Time (BMT), die den Bezugspunkt für eine überall auf der Welt geltende neue Standardzeit bilden soll, ist also nach wie vor an eine Ortszeit gebunden. Der große Unterschied besteht darin, dass Swatch die Zeit nun überall auf der Welt einheitlich messen will und dafür auch die passenden Swatch-.beat-Uhren produziert. Diese geben nicht nur die lokale Uhrzeit an, sondern auch die weltweit gleich verlaufende Zeit in *.beats*.

Besonders in der historiographischen Rekonstruktion von Modellen einer universalen Zeitordnung, die sich nicht durchsetzen konnten, lassen sich Macht- bzw. Formierungsprozesse von Raum-Zeit-Systemen erschließen, und zwar in ihrem Scheitern und so gewissermaßen *ex negativo*. Im Folgenden werden demnach am Beispiel der projektierten Zeitrevolution durch das Unternehmen Swatch einige Charakteristika der Zeitordnung unter der Bedingung digital vernetzter Medien herausgestellt.

Kampagne einer neuen Zeitordnung

Die mediale Technologie der digitalen Vernetzung bildet den erklärten Bezugspunkt des gesamten Unternehmens. Voraussetzung für die Einführung der Swatch-Beat-Zeit ist, dass die Internetzeit als von natürlichen Zeiten und Zeit-Taktungen der Uhrenzeit losgelöstes, temporales Biotop bestimmt wird. Ohne über Zeitzonen nachdenken zu müssen, könne sich ein New Yorker zu einer bestimmten .beat-Zeit mit einem Chatpartner in Rom verabreden – so proklamiert das Unternehmen noch im Jahr 2015 auf seiner Website: „because internet time is the same all over the world."[2]

[1] Für Hintergrundinformationen und Einsicht in Archivmaterial zur Swatch Internet Time danke ich René Lorenceau, Head of Internet Business Development, Swatch Group.

[2] Swatch .beat. Internetzeit, www.swatch.com/zz_en/internettime.html, 27.03.2015.

Die Werbung projiziert die Swatch-Internetzeit in den Weltraum und unterstreicht so ihren Charakter als absolute, von jeder Beobachterposition losgelöste Einheitszeit: „In this place we need just one local time", so die Schlagzeile einer Broschüre der Internet Time, auf deren Titelseite der blaue Planet vor schwarzem Grund zu sehen ist und somit für eine entgrenzende Universalisierung der Zeit steht, in der Cyberspace und Weltraum, menschliche Eigenzeit und geologische Zeiten der Erde miteinander verschmelzen.[3]

Swatch stellt die Internetzeit in großen Werbekampagnen vor, die das Unternehmen in Image-Videos publik macht: Begleitet von einer Veranstaltung im European Space Operations Centre in Darmstadt im April 1999 schickt Swatch zum Beispiel über die Raumstation MIR einen kleinen Satelliten in die Erdumlaufbahn. Der sogenannte Beatnik ist eine Miniatur-Replikation des Sputniks und soll – vermittelt über die Swatch Website – Internetnutzern ermöglichen, über seine Memory-Funktion kleine Botschaften an Außerirdische zu übermitteln. Voraussetzung für die Einsendung ist, dass die kurzen Nachrichten das Wort *beat* enthalten. Swatch spendet im Gegenzug Batterien für einen Drucker der MIR-Astronauten. Die Swatch-Website gibt zwar bis heute die Zeit in *.beats* an, durchgesetzt hat sich diese Zeittechnik in den Praktiken der User jedoch nicht. Warum ist die Zeitrevolution des Unternehmens nicht geglückt?

Die Pluralität der Zeit

Jede Imagination einer Einheitszeit ist immer auch Anfechtungen ausgesetzt. Spätestens seit den 1920er Jahren vermitteln von der Relativitätstheorie inspirierte Betrachtungen von Raum und Zeit, dass eine verbindliche Gleichzeitigkeit nur dann hergestellt werden kann, wenn die Übertragungszeit des sie koordinierenden Signals – und somit die Abhängigkeit der Zeitmessung von der Bewegung des Zeitsignals im Raum – berücksichtigt wird. Sozial verbindliche Gleichzeitigkeit, die mehr sein will als ein bloßes zeitliches Nebeneinander voneinander unabhängiger Vorgänge, kann sich nur als Resultat einer Uhrenkoordination herausbilden, die eben dieser Übertragungsdauer des Zeitsignals Rechnung trägt.[4]

Diese Übertragungsdauer spielt im Entwurf der *beat*-Zeit keine Rolle. Swatch ignoriert mit seinem Ordnungsmodell den Umstand, dass eine überall auf der Welt ‚gleiche Zeit' sich einerseits in konventionalisierten Praktiken niederschlagen müsste. Ein User müsste sich also daran gewöhnen, seinen Tagesablauf an der in *beats* vergehenden Zeit zu orientieren und sich dabei von natürlichen und kosmologischen Zeitverläufen loszulösen – also zum Beispiel den Nullpunkt der Zeitmessung am späten Nachmittag in seinen Alltag zu integrieren. Andererseits berücksichtigt das Swatch-Modell nicht, dass Gleichzeitigkeit zuallererst technologisch herzustellen ist. Die Swatch-Internetzeit funktioniert nur auf der Grundlage eines ‚Echtzeit-Mythos'[5] digital vernetzter Medien, der jeden Aufschub und jede Zäsur in der digitalen Datenübertragung ausblendet.

Ausgangspunkt ist die Imagination einer kontinuierlichen Netz-Zeit, die immer schon an allen Orten ihrer räumlichen Ausdehnung gleich ist und somit als ‚gleiche Zeit' gemessen werden kann, ohne koordiniert werden zu müssen. Doch selbst eine koordinierte Gleichzeitigkeit, die die minimalen Zeitverschiebungen in der Datenübertragung in die Berechnung einer universalen, ortsübergreifenden Zeit einbezieht, stößt unweigerlich an die Grenzen der Übertragungsdauer. Keine Signalübertragung kann eine Zeitordnung mit einer anderen abgleichen und so beide vereinheitlichen, denn die Signalübertragung selbst, verstanden als ein mediales Geschehen der Vermittlung, braucht ihrerseits Zeit. Die Übertragungsdauer ändert sich zwar historisch und ist mittlerweile so gering, dass sie für Menschen (meist) nicht mehr wahrnehmbar ist. Die Signalübertragung selbst spannt jedoch, auch wenn ihre Dauer verschwindend gering ist, ein neues raumzeitliches Gefüge in ihrem Vorgang der Vermittlung auf, in dem ‚Zeit' und ‚Raum' im Dazwischen der Übertragung als etwas anderes zu verstehen sind als je innerhalb der beiden zu synchronisierenden Zeitordnungen.

[3] Swatch Group, Internet Time Brochure, Biel 1998 (Archivmaterial).

[4] Peter Galison, *Einsteins Uhren, Poincarés Karten. Die Arbeit an der Ordnung der Zeit*, Frankfurt a.M. 2006, S. 33.

[5] Friedrich Kittler, „Real Time Analysis - Time Axis Manipulation", in: Georg Christoph Tholen/Michael O. Scholl (Hrsg.), *Zeit-Zeichen. Aufschübe und Interferenzen zwischen Endzeit und Echtzeit.* Weinheim 1990, S. 363-377.

@000 SWATCH-.BEATS
DIE SUCHE NACH EINER EINHEITLICHEN INTERNETZEIT

Konkret bedeutet dies: Schon wenn die in *.beats* gemessene Zeit von einem Computer im Swatch Firmensitz in Biel über die technische Infrastruktur eines weltumspannenden Datennetzes auf einen Computer in New York übermittelt wird, auf dem die Swatch-Website in einem Browser darstellt wird, ist die Zeitmessung eine andere, da sie vielfältige Transformationen in den Raum-Zeit-Gefügen der Datenübertragung durchlaufen hat. Weder ‚das Internet', noch seine Zeitordnungen sind überall auf der Welt gleich.

Eine Zeit ‚für alle' als Antwort auf eine radikale Fragmentierung der Zeit

Die Swatch Group und federführend ihr Chairman und CEO Nicolas G. Hayek verfolgen mit der Internet Time sicherlich eine Marketingstrategie, um die Bekanntheit der Swatch-Watch zu sichern und auszubauen. Interessant für die Frage nach der Zeitordnung unter den Bedingungen digital vernetzter Medien ist jedoch, dass der Versuch, eine Internetzeit einzuführen, eng mit der Uhrenzeit verbunden ist. So revolutionär ist die Swatch-Internetzeit also nicht.

Es ist bezeichnend für die Verflechtung von Ökonomie und Zeitordnungen, dass Swatch sich selbst mit der Einführung von leichten und bunten Plastikuhren zuschreiben kann, die schweizerische Uhrenindustrie vor der asiatischen Konkurrenz gerettet zu haben und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit fortlaufend zu sichern. Denn die bisher auf handwerklich hochqualitative und komponentenreiche Uhren setzende schweizerische Tradition befand sich Ende der 1970er Jahre in einer Krise. Die Swatch als ‚Second Watch' wird nicht nur als Zeitmesser, sondern als ein gewinnträchtiges Element eines neuen Lifestyles eingeführt. Die Inklusionsfigur einer identitätsbildenden Uhr ‚für alle' findet in der Einführung einer Internetzeit, die eine neue globale Zeit ‚für alle' ermöglichen soll, eine logische Fortsetzung. Die Swatch Internet Time ist eine Übersetzung der Uhrenzeit in die digital vernetzte Zeit.

Das Scheitern der Swatch-Internetzeit bedeutet jedoch nicht, dass sich im Internet überhaupt keine Ordnung herausbildet und sich stattdessen eine ‚Befreiung' subjektiver Zeiten durchgesetzt hat.[6] Ständig müssen sich Internet User aufeinander abstimmen und den richtigen Zeitpunkt für den Austausch von Nachrichten finden. Kennzeichen einer Ordnung der Internetzeit ist nur gerade nicht, eine neue Einheitszeit, an der sich alle User auf der Welt gleichermaßen orientieren können und müssen. Ein entscheidendes Charakteristikum einer Zeit der digitalen Vernetzung besteht vielmehr gerade in der Zumutung von und ständigen Konfrontation mit der Pluralität und Fragmentierung der Zeit. Dieser Umstand prägt zwar die Zeit grundsätzlich, wird jedoch unter der Bedingung digital vernetzter Medien auf eine gänzlich neue Weise sichtbar. Dieses Problem zu lösen macht sich Swatch mit seiner Internetzeit zur Aufgabe. Ihr Scheitern weist darauf hin, dass die Herausforderung im Gebrauch von digital vernetzten Medien bis auf weiteres gerade darin besteht, die Pluralität der Zeit auszuhalten.

Isabell Otto

[6] Vgl. Geert Lovink: Net.times, not Swatch Time. A Corporate Attempt to Set a New Time Standard, 15.12.1998, www.geertlovink.org/texts/net-times-not-swatch-time, 27.03.2015.

Isabell Otto, Juniorprofessorin für Medienwissenschaft an der Universität Konstanz, arbeitete 2014/15 am Kulturwissenschaftlichen Kolleg zum Thema „Die Zeit der Vernetzung. Soziotechnische Zeitordnungen unter der Bedingung digitaler Medien".

PERSP

LATEINAMERIKANISCHE KULTURTHEORIEN
KRITISCHE PERSPEKTIVEN AUF KOLONIALISMEN UND GLOBALISIERUNG

Ein Foto des spanischen Fotografen und Aktivisten José Palazón verbreitete sich im Oktober 2014 rasant durch mediale Netzwerke und Zeitungen: Es zeigt einen Golfplatz in der spanischen Exklave Melilla in Marokko, abgeschirmt von einem meterhohen Zaun. Auf und an dem Zaun, in unmittelbarer Nähe zu den beiden ungerührt wirkenden Golfspielerinnen im Vordergrund, versuchen Menschen, den Zaun kletternd von seiner marokkanischen Seite aus zu überwinden. Das Bild jener Menschen, die vom europäischen Grenzregime ausgeschlossen werden, verleiht dem Gefälle zwischen globalem Norden und globalem Süden mehr als nur Symbolkraft. Es ist ein Bild, das die Parallelen und Verbindungen zwischen europäischen und amerikanischen Verhältnissen eindrücklich illustriert, erinnert es doch stark an die seit Jahren dominierenden Nachrichten von der US-amerikanischen Südgrenze zu Mexiko, die ebenfalls von der Errichtung immer unüberwindlicherer Grenzzäune und von einer ähnlichen Logik der Inklusion/Exklusion geprägt ist: Während gegen Billiglohn gefertigte Turnschuhe und andere Waren jeweils problemlos die Außengrenzen Europas und der USA passieren, riskieren Menschen an beiden Grenzen täglich ihr Leben beim Versuch der Passage.

Bei einer historischen Betrachtung werden die Zusammenhänge zwischen dem aktuellen Reichtum des globalen Nordens und der Mittellosigkeit des globalen Südens offensichtlich, denen die gegenwärtigen Migrationsbewegungen ihre vorherrschende Richtung verdanken. Sie zeigen sich etwa in jenen Summen, die manche der ehemaligen Kolonialstaaten nach der formellen Abschaffung der Sklaverei oder für ihre Unabhängigkeit an europäische Kolonialmächte für den angeblichen „Eigentumsverlust“ zu bezahlen hatten und deren Schuldenlast bis heute die Ökonomien von Ländern wie beispielsweise Haiti beeinträchtigt. Zusammenhänge wie diese werden in der Mehrzahl der derzeitigen medialen Darstellungen von Migration jedoch genauso wenig als Kausalitäten sichtbar gemacht wie die Unverhältnismäßigkeiten der globalen Wirtschaft der Gegenwart. Die politische Legitimität einer Abschottung der „Festung Europa“ gegen die zunehmende Einwanderung aus Regionen, die einst von europäischen Mächten kolonisiert und „entwickelt“ wurden, wird aus ihnen heraus deshalb kaum fraglich.

Globale Bezüge und historische Kontinuitäten aufzuzeigen und mit Blick auf Gegenwart und Zukunft kritisch zu reflektieren, ist demgegenüber ein zentrales Anliegen kulturtheoretischen Denkens aus und zu Lateinamerika. Autoren und Autorinnen in Lateinamerika und anderswo befinden sich seit Langem in einem Dialog, der die zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen des Kontinents zum Anlass nimmt, um asymmetrische kulturelle und politische Konstellationen über nationale Partikularitäten hinaus zu untersuchen. Aufgrund der Dynamiken der besonders frühen Kolonialisierung, aber auch der schon im 19. Jahrhundert einsetzenden Unabhängigkeitsprozesse nehmen lateinamerikanische Kulturen eine besondere historische Position ein. Es kann deshalb nicht nur als eine Art ‚Labor‘ von politischen und kulturellen Dynamiken gelten, die sich später global ausbreiteten. Auch das Denken zu lateinamerikanischen Kulturen bildet einen großen und im deutschsprachigen Raum noch in seiner Komplexität zu entdeckenden ‚Werkzeugkasten‘, mithilfe dessen sich die symbolischen wie materiellen Zusammenhänge von Politik, Ökonomie, Denken und Kultur kritisch reflektieren lassen und der auch außerhalb Lateinamerikas Analysekraft besitzt. Diesen Werkzeugkasten für die hiesigen Kulturwissenschaften besser als bisher zu erschließen, war das Ziel unseres Cluster-Projekts, das sich in den vergangenen zwei Jahren der Erforschung und dem Transfer des lateinamerikanischen Denkens nach Europa gewidmet hat. Ergebnis ist ein Sammelband mit deutschen Erstübersetzungen lateinamerikanischer Kulturtheorien.

Welchen unterschiedlichen Zirkulationsregimes gehorchen Waren, Menschen, Ideen? Wie sind ehemalige Kolonien und Europa bis heute ökonomisch, politisch und kulturell verflochten? Welche Ideen und Geschichten wurden transportiert? Welche politischen Debatten hatten diesseits und jenseits des Atlantiks Einfluss? Wie lassen sich europäische Gegenwart und globale Zukunft vor dem Hintergrund aktueller Problemlagen und Asymmetrien radikal anders denken? Zu diesen Fragen geben lateinamerikanische Autorinnen und Autoren vielzählige und facettenreiche Denkanstöße. Drei davon seien hier beispielhaft skizziert: Sie verdeutlichen insbesondere, dass es zum Verständnis gegenwärtiger Konstellationen immer wieder gilt, einen Schritt zurückzutreten, um Verbindungen zwischen verschiedenen Räumen und Zeiten, aber auch zwischen in der

Wissenschaft oftmals getrennten Sphären – unter anderem Wirtschaft, Kultur, Anthropologie, Naturwissenschaft und Politik – wahrzunehmen. Die Theorieproduktion ist dabei auch selbst von jenen Widersprüchen geprägt, über die sie reflektiert, und die sich vor allem im Hinblick auf das ökonomische Gefälle zwischen US-amerikanischen Eliteuniversitäten und Institutionen in Lateinamerika ergibt. Es zeigt sich aber gleichzeitig, dass Asymmetrien in den Arbeitsbedingungen durch dialogische Zusammenarbeit entgegengetreten werden kann.

Reiseliteratur im Wandel der Zeiten

Ein Beispiel dafür sind die Arbeiten der bekannten, in Nordamerika lehrenden Literaturwissenschaftlerin und Kulturkritikerin Mary Louise Pratt, die mit Blick auf das angesprochene Grenzregime gezeigt hat, wie Schauer- und Heldengeschichten, Motive von Schiffbruch, Rettung oder Tod, die im Zuge der „Entdeckung" der „Neuen Welt" Europa erreichten, nun in umgekehrter Richtung zirkulieren. Die historische Reiseliteratur erlebt heute in kulturellen Narrativen, welche Migrationsbewegungen vom globalen Süden nach Europa oder in die USA thematisieren, ein Revival. Während damals Piraten-Banden für Aufregung in Abenteuergeschichten sorgten, sind es heute Figuren wie die *coyotes* oder *polleros*, also mexikanische Fluchthelfer, an der US-amerikanisch-mexikanischen Grenze, welche die historischen Narrative ‚recyclen': Die Geschichten über die Menschen, die sich das Versprechen, bei der Überwindung von Zäunen oder Gewässern zu helfen, teuer bezahlen lassen, finden auch in den Nachrichten von „Schleuserbanden" an den europäischen Außengrenzen ein Echo. In Lateinamerika findet Pratt ein ganzes Inventar der Populärkultur, in dem die Erfahrungen, Ängste und Bedrängnisse, die mit dieser politischen Konstellation einhergehen, registriert sind. Dieses artikuliert sich in der Literatur genauso wie in populären Musikgenres, ‚urbanen Legenden' oder in mündlich und in neuen Medien zirkulierenden Mythen von Monstern und Heiligen. Die politischen und ökonomischen Konstellationen und Effekte des derzeitigen globalen Machtregimes finden für Pratt in solchen populärkulturellen Aushandlungen eine Kondensation und Artikulation, die ein genaueres Bild der aktuellen Verflechtungen zeichnen, als etwa die dominanten politischen Diskurse. Gegenüber der Reiseliteratur aus der Kolonialzeit stellt Pratt für die aktuelle narrative Verarbeitung von Migrationen allerdings eine klare Akzentverschiebung fest: Die heutigen Reiseerzählungen hätten nicht mehr vornehmlich das Überleben, sondern den Tod zum Thema, wodurch sich auch eine Verschiebung in der kulturellen Weltordnung äußere.

Folgenreiche Debatten

Besonders deutlich weist auch die aus Jamaika kommende Wissenschaftlerin und Aktivistin Sylvia Wynter auf historische Zusammenhänge und deren aktuelle Wirksamkeit hin. Wynter hat aufgezeigt, dass eine ‚amerikanische' politische und intellektuelle Debatte aus dem Jahr 1550/51, die zwischen dem Dominikanermönch Bartolomé de las Casas und dem Historiker und Übersetzer Luis Sepúlveda um die „Menschlichkeit" der Indios geführt wurde, Auswirkungen bis in die globale Gegenwart hat. Bartolomé de las Casas ergreift darin als prototypischer „Menschenrechtler" Partei für die indigenen Gruppen in den Amerikas. Doch indem er eine Ausweitung der katastrophalen Auswirkungen der Kolonialisierung zugunsten der indigenen Bevölkerung zu verhindern sucht, ist er letztlich an einer weiteren Katastrophe beteiligt: der Deportation und Versklavung von Millionen von Menschen aus Afrika, denen der berühmte „Verteidiger der Indios" nun seinerseits die „Menschlichkeit" abspricht. Für Wynter markiert die am Anfang dieser Entwicklungen stehende Debatte, in der die Legitimität der europäischen Kolonialunternehmungen auf dem Spiel steht, den Beginn einer folgenschweren Einteilung in unterschiedliche Ordnungen des „Menschen", die auch von der Kategorie „Rasse" erstmals Gebrauch macht. Denn während sich die Argumente zur Legitimation der Sklaverei zunächst auf eine angebliche „Gottlosigkeit" der zu versklavenden Gruppen konzentrierten, verschob sich der Fokus in der Folge auf deren vermeintliche „Irrationalität" bzw. „Subrationalität", die sich an ihrer Hautfarbe erkennen lasse. Die Versklavung wurde fortan mit rassistischen (und nicht mehr ausschließlich theologischen Kriterien) gerechtfertigt. Diese Verschiebung der Argumentation, dies demonstriert Wynter eindrucksvoll, geht mit der Ablösung der Theologie durch die Naturwissenschaften als neuer europäischer Leitwissenschaft der Renaissance einher und setzt das rationale – und nur auf Europa bezogene – Subjekt als Norm des „Menschlichen". Wynter zeigt hierdurch auf,

PERSP

LATEINAMERIKANISCHE KULTURTHEORIEN
KRITISCHE PERSPEKTIVEN AUF KOLONIALISMEN UND GLOBALISIERUNG

inwiefern der neue ‚Humanismus/Rationalismus' der frühen europäischen Moderne mitverantwortlich für die kollektive Versklavung und Unterdrückung in den Kolonialreichen war, in denen sich herausstellt, dass die „dunkle Seite der Moderne" ihr genuiner Bestandteil ist.

Lateinamerika als Perspektive

Wynters Analyse legt einen zentralen Argumentationspunkt so genannter „dekolonialer Ansätze" dar: Diese nehmen 1492 – jenes Datum, von dem an Lateinamerika in der Wahrnehmung Europas zu existieren begann – zum Ausgangspunkt, um die *longue durée* von kolonialen Herrschaftsverhältnissen und den ihnen zugrunde liegenden Kulturmodellen aufzuzeigen. Denn, so die Argumentation, im Zuge der frühen Kolonialisierung Lateinamerikas und der Karibik und mit den Austauschprozessen zwischen Europa und den Kolonien seien nicht nur Menschen und Waren neuen Regulationen unterworfen worden; darüber hinaus seien viele Repräsentationsweisen und Ideen „erprobt" worden, die sich auch in Europa später durchsetzten, wie es mit der Etablierung von Rassentheorien an französischen und englischen Universitäten im 19. Jahrhundert der Fall war. Um solche Strukturen zu beschreiben und sich vom Begriff des historischen „Kolonialismus" abzugrenzen, prägte der peruanische Soziologe Aníbal Quijano den Begriff der „Kolonialität": Im Gegensatz zur zeitlichen Begrenzung des Kolonialismus beschreibt dieser Begriff das strukturelle Fortwirken einer kulturellen Ordnung, die aus Kolonialisierungsprozessen hervorgeht und gesellschaftliche Veränderungen auf globaler Ebene betrifft. In dieser Hinsicht wurde Lateinamerika „Modellcharakter" zugeschrieben. Statt das Sichtfeld im Sinne der „regionalen Studien" zu verengen, eröffnet sich dadurch eine Perspektive auf Lateinamerika, die es – über seine lokalen Besonderheiten hinaus – als Teil von globalen Prozessen in den Blick nimmt. Das führt letztlich auch dazu, dass die Perspektive, wie sie von dekolonialen Ansätzen vorgeschlagen wird, von Nationalitäten oder geographischen Orten losgelöst zu verstehen ist: Eine solche Perspektive kann von überall eingenommen werden. ***Isabel Exner und Gudrun Rath***

Isabel Exner vormals Universität Konstanz und Freie Universität Berlin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Romanistik an der Universität Saarbrücken.

Gudrun Rath, derzeit Senior Scientist am Institut für Bildende Kunst und Kulturwissenschaften der Kunstuniversität Linz, forschte als wissenschaftliche Mitarbeiterin an dem vom Exzellenzcluster finanzierten Lehrstuhl „Kulturtheorie und kulturwissenschaftliche Methoden" der Universität Konstanz.

Zusammen haben sie das Übersetzungsprojekt und den daraus entstandenen Band „Lateinamerikanische Kulturtheorien. Grundlagentexte" (Konstanz, 2015) geleitet und herausgegeben.

Gabriele 12
TAB

FIGUREN DES ZWISCHENRAUMS
LATEINAMERIKANISCHE ANGESTELLTEN-LITERATUR IM 20. JAHRHUNDERT

„Es lebe die Bürokratie, unser Brot
und unser Krebsgeschwür."
Carlos Drummond de Andrade (1944)

Die Entdeckung und Besiedlung der Neuen Welt sind von Anbeginn an mit dem Problem des bürokratischen Machttransfers verbunden. Wie verkörpern Abgesandte und Stellvertreter der spanischen (oder portugiesischen) Krone diese Macht in einem kolonialen Raum, der vom europäischen Zentrum denkbar weit entfernt ist? Wie werden Imperien und kolonisierte Provinzen durch eine komplexe Verwaltungsstruktur über oft lange Distanzen zusammengehalten?

Die Logik der Kolonial-Bürokratie veranschaulicht ein zentrales Merkmal der lateinamerikanischen Identitätsbildung, die sich an einem abwesenden Zentrum orientieren und zugleich von diesem emanzipieren muss. Dies lässt sich auch in der lateinamerikanischen Literatur, von den frühen Reiseberichten bis zur modernen Prosa beobachten: Die literarischen Texte orientieren sich rhetorisch an den Diskursen des Staates, befreien sich aber zugleich auch von dieser Autorität. Vor allem die lateinamerikanische Literatur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts liefert wichtige Einblicke in Verwaltungsstrukturen, die Max Weber als „patrimonial" bezeichnet hat: Alleinherrscher verbinden eine archaisch-feudale Machtausübung mit den bürokratischen Methoden des modernen Staates. Einige dieser Texte lassen sich auch als „Fiktionen des Archivs" (R. González Echevarría) verstehen, insofern sie die administrativen Ansprüche der Macht dramatisieren; dies etwa im Kontext der mexikanischen Revolution (Juan Rulfo, *Pedro Paramo*, 1955) oder mit Bezug auf die Diktatur im Paraguay des neunzehnten Jahrhunderts (Augusto Roa Bastos, *Ich, der Allmächtige*, 1974).

Solchen historisch-anthropologischen Erkundungen lassen sich wiederum literarische Texte gegenüberstellen, die die Bewusstseinszustände von kleinbürgerlichen Angestellten in urbanen Milieus wiedergeben (vor allem im Cono Sur: Roberto Arlt, Juan Carlos Onetti). Diese Angestellten stellen die Zwischenglieder in einem System dar, das die Rationalität der modernen Verwaltung mit der Struktur eines paternalistischen Klientel-Systems durchsetzt, wie es schon der brasilianische Schriftsteller Lima Barreto (*Das traurige Ende des Policarpo Quaresma*, 1911) und nach ihm zahlreiche Sozialwissenschaftler und Politologen kritisierten. Die lateinamerikanischen Angestellten-Narrative sind als „bürokratische Fiktionen" (im Doppelsinn von Vorspiegelungen und Erzählungen) insofern aufschlussreich, als sie eine Sicht auf bürokratische Strukturen freigeben, die zugleich ein Blick von innen und von außen ist. Diese Angestellten sind Figuren eines Zwischenraums, Abhängige und Agenten, Kritiker und Teilhaber der Macht. Was unterscheidet die lateinamerikanische von der europäischen Angestellten-Literatur (zum Beispiel Gogol, Svevo, Kafka)? Inwiefern ist das bürokratische Thema der Entfremdung mit der lateinamerikanischen Identitätsproblematik verbunden, insbesondere im Kontext der „langen Wege" in der kulturellen und geographischen Peripherie? Und wie macht hier der Habitus des Angestellten oder Beamten die Widersprüche der Modernisierung besonders sichtbar?

Zwischen Welten

Bereits der große brasilianische Dichter Carlos Drummond de Andrade (1920-97) beobachtete 1952, „dass fast die gesamte brasilianische Literatur, in der Vergangenheit wie in der Gegenwart, eine Literatur von öffentlichen Angestellten ist". Er selbst trat 1934 in den öffentlichen Dienst ein und war von 1937 bis 1945 Kabinetts-Chef im brasilianischen Erziehungsministerium. Die ‚bürokratischen Schriftsteller' im Brasilien der 1930er Jahre nehmen eine ambivalente Stellung ein: Sie befinden sich in sozialer wie in geographischer Hinsicht zwischen unterschiedlichen Welten.

Der Roman *O amanuense Belmiro* (*Der amanuensis Belmiro*, 1937) von Cyro dos Anjos (1906-94) ist einer der repräsentativsten und aufschlussreichsten Romane dieser Zeit. 1947 siedelt sein Autor von der Plan-Stadt Belo Horizonte nach Rio de Janeiro um, wo er öffentlicher Funktionär im Justizministerium wird; 1957 wird er zum Vizechef des zivilen Kabinetts der Regierung Kubitschek ernannt. Der Roman über den *amanuensis* (Sekretär/Schreiber) Belmiro Borba benutzt die Form eines Tagebuchs, um im Ton einer ironischen Selbsterniedrigung die psychologischen Prozesse des Ich-Erzählers zu reflektieren. Der Anti-Held, der sich selbst als einen „lyrischen Bürokraten" bezeichnet, ist untergeordneter Angestellter einer staatlichen Behörde in Belo Horizonte. Belmiro zeichnet sich vor allem durch seine Untätigkeit aus,

seine Weigerung, die äußere Welt wahrzunehmen, sowie seine Unfähigkeit, eine begehrte Frau zu erlangen und den an ihn gestellten Erwartungen zu entsprechen. In dieser Charakterisierung spiegelt sich der Status des zeitgenössischen, kleinbürgerlichen Intellektuellen wider, zu einer Zeit, die geprägt ist durch die Errichtung eines zentralisierten, bürokratischen Staates. Die Modernisierung der Verwaltungsstruktur war ein zentrales Element des sogenannten Estado Novo (1937-45), die autokratische Herrschaft unter dem Präsidenten Getúlio Vargas.

Wie vergleichbare brasilianische Romane dieser Zeit ist auch dieser Text bestimmt durch die Opposition von ländlicher Vergangenheit und städtischer Gegenwart. Die Sprösslinge der ehemals privilegierten Schichten der ländlichen *fazendas* (Landgüter), so der sozialhistorische Hintergrund, wanderten mit dem wirtschaftlichen Verfall der ländlichen Regionen in die Städte ab. Wie der brasilianische Soziologe Sérgio Miceli schreibt, standen den Nachfahren der ehemaligen ländlichen *ruling class* keine anderen Optionen offen, als im Schatten solcher Positionen zu überleben, „die sich zur *reverie* des Geistes eignen" – Positionen mithin, die gleichermaßen durch soziale Dekadenz und Privilegien gekennzeichnet sind. Seit der Jahrhundertwende eröffneten sich diesen sozial deklassierten, entwurzelten Menschen neue Beschäftigungsmöglichkeiten im wachsenden Verwaltungsapparat der Städte. Die Stadt Belo Horizonte, seit der Jahrhundertwende neue Kapitale der Region von Minas Gerais, verkörpert diesen Typus einer semi-provinziellen Stadt von Bürokraten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. In diesem Kontext sind die besoldete Muße des Angestelltendaseins und das damit einhergende schlechte Gewissen geradezu typisch für eine ganze Generation von brasilianischen Intellektuellen, bei denen die Produktion von Literatur nahezu immer an eine bürokratische Stellung gebunden ist.

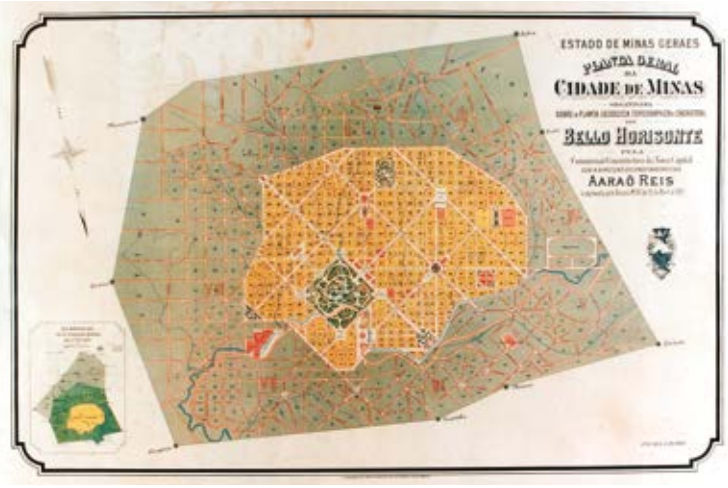
Als Intellektueller und aufgrund seiner Sensibilität dem ländlichen Milieu gänzlich entfremdet, hält Belmiro die Erinnerung an seine Herkunft lediglich noch dadurch wach, dass er ironischerweise Staatsbeamter in der sogenannten „Abteilung für Tierfütterung" ist. Auf dem Amtspapier werden, wie es Belmiro nennt, „bürokratische Fiktionen" geschrieben, Vorspiegelungen von Berichten und Stellungnahmen, die dem Besucher der Abteilung vorgaukeln sollen, dass hier für den Staat gearbeitet wird. Daneben entstehen natürlich auch Belmiros eigene autobiographische Fiktionen auf diesem Papier. Die vorgeblich effektiv und rationalistisch arbeitende Behörde wird vor allem auch für Belmiro selbst zum Gehäuse für hierarchische, aber persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, die die Verfahren der Bürokratie konterkarieren. Wir haben es hier mit der Symptomatik des frustrierten Angestellten zu tun, der seine eigene Abhängigkeit von den übergeordneten Stellen mit Machtphantasien und Selbsttäuschungen kompensiert.

Warten und Distanz

Die geographische, trans-kontinentale Dimension der kolonialen Verwaltungsstruktur wird besonders deutlich in einem pseudo-historischen Roman des argentinischen Schriftstellers Antonio di Benedetto (1922-86), der in jüngster Zeit als ein Höhepunkt der lateinamerikanischen Literatur des zwanzigsten Jahrhunderts wiederentdeckt wurde: *Zama*, veröffentlicht 1956 (*Zama wartet*, 2009), gewidmet „den Opfern des Wartens". Die Lage des Anti-Helden, als *criollo* auf einem untergeordneten Posten festgefahren, trägt erkennbare Züge eines Existentialismus, wie er für die Entstehungszeit des Romans international typisch ist. Gleichzeitig gewinnt diese psychologisch-philosophische Haltung ihr individuelles Profil gerade dadurch, dass der Autor sie in die Szenerie einer ungenannten Kolonialstadt (wahrscheinlich Asunción in Paraguay) im ausgehenden 18. Jahrhundert einbettet. Zu dieser Zeit wurde die koloniale Verwaltungsstruktur, deren bürokratische Strukturen auf die Gründung des Vizekönigreichs Río de la Plata 1776 zurückgehen, politisch reformiert. Dabei wurden die in Verwaltungsämtern eingesetzten *criollos*, die Nachfahren ausgewanderter Spanier, durch spanische Repräsentanten ersetzt. Im Roman heißt es, dass

ZWISCH

FIGUREN DES ZWISCHENRAUMS
LATEINAMERIKANISCHE ANGESTELLTEN-LITERATUR IM 20. JAHRHUNDERT



Plan der Stadt Belo Horizonte (1895)
Comissão Construtora de Belo Horizonte

Diego de Zama der „einzige" *criollo*-Funktionär mit einer gewissen Bedeutung unter lauter Spaniern sei. Hier kommt das Problem der spezifischen Subalternität dieser Klasse zur Sprache, deren Anteil an der Verwaltung im letzten Jahrzehnt vor der Unabhängigkeit stetig schwindet, ein Phänomen, wie es auch in neueren Studien über die transkontinentale Kolonialverwaltung diskutiert wird.

Die fiktive Romangestalt Zama ist einer derjenigen Kolonialbeamten, die an der ‚Befriedung' des Territoriums beteiligt waren und sowohl militärische als auch juristische Befehlsgewalt innehatten. Die den Protagonisten kennzeichnenden psychischen Verstörungen und Komplexe spiegeln das Gefühl einer fortschreitenden Entmachtung und Erniedrigung wider, sowie des vergeblichen Wartens auf eine Beförderung. Diese würde zugleich eine geographische Versetzung (nach Buenos Aires) und eine örtliche Wiedervereinigung mit seiner Familie bedeuten. Hatten seine Handlungen ihm einst gesellschaftliches Ansehen und Ehre erworben, droht ihm diese Autorität nun entzogen zu werden. Zamas Amt als *asesor letrado* (eine Art juristischer Verwalter) ist nämlich bereits die Folge einer Zurückstufung von einer einst höheren Verwaltungsposition, vom Amt des *corregidor* (eine Art Landvogt). Seine gegenwärtige Position bürokratischer Bedeutungslosigkeit ruft in ihm Frustration hervor. Das Warten, auferlegt durch die übergeordnete Macht, wird so symptomatisch für eine bürokratische Hierarchie, bei der die Verzögerung, die zeitliche Dehnung, das Abhängigkeitsverhältnis von der willkürlich ausgeübten Macht vorführt.

Zamas Gesuch um Beförderung bzw. räumliche Versetzung wird dem Gouverneur übermittelt. Dieser muss das Schreiben nach Buenos Aires weiterleiten, von wo aus es dann dem spanischen König überstellt werden müsste. Die unumgängliche Notwendigkeit dieser bürokratischen Transmissionsstufen führt den Protagonisten in eine geradezu existentielle Distanz, die der Aussichtslosigkeit seiner Hoffnungen, der potentiellen Unendlichkeit der Übermittlungen entspricht.

Zamas Eigenschaft als *letrado* trägt also nur noch die Erinnerung an das einstige soziale Prestige dieses Repräsentanten des Gesetzes und Di Benedetto bezieht sich dabei sicher auf den historischen Prozess der Entdifferenzierung. Die *letrados* waren die Verwalter der Schrift während der Kolonialzeit, bescheidene Beamte der Staasbürokratie. Aus ihrer Rolle hat sich allmählich das Profil der lateinamerikanischen Schriftsteller entwickelt, die bis weit ins 20. Jahrhundert hinein selbst häufig in den Diensten des Staates und seiner Institutionen standen. In der fiktionalen Literatur führt die fehlende Anerkennung und Bewegungslosigkeit bei den Abgesandten und untergeordneten Stellvertretern der Macht zu einem Gefühl existentieller Einsamkeit. Die Nichterfüllung eigener Ambitionen führt zum Ausleben phantasmagorischer Herrschaftsgelüste. Es sind Narrative über die Ambivalenzen und Enttäuschungen der Modernisierung in der Peripherie Lateinamerikas, über Netzwerke der Macht, die durch räumliche und zeitliche Distanzen zerschnitten sind.

Jobst Welge

PD **Jobst Welge**, PhD, ist Vertretungsprofessor für Romanische Literaturen an der Universität Konstanz und Mitglied des Leitungsteams des vom Cluster geförderten Studiengangs „Kulturelle Grundlagen Europas". Derzeit forscht er u.a. zum Thema „Bürokratie und Peripherie. Angestellten-Literatur in Brasilien".

1
2 ABC
3 DEF
4 GHI
5 JKL
6 MNO
7 PQRS
8 TUV
9 WXYZ
0 +

WAS HEISST KORRUPTION?
POLIZEIARBEIT IN NIGER

Polizisten in Afrika sind korrupt. Dieses Bild wird immer wieder in populären aber auch wissenschaftlichen Diskursen über afrikanische Polizeiorganisationen gezeichnet. Das Forschungsprojekt, das ich seit 2008 verfolge, fragt empirisch, was uns die alltägliche Arbeit von Gendarmen in der Republik Niger diesbezüglich lehren kann. Im westafrikanischen Sahel gelegen, gilt Niger als eines der ärmsten Länder der Erde. In verschiedenen, meist mit einfachen Polizeirevieren vergleichbaren Einheiten beobachtete und begleitete ich die Gendarmen über einen Zeitraum von insgesamt etwa zwei Jahren. Besonders interessierten mich dabei die kriminalpolizeiliche Arbeit und die Bemühungen der Gendarmen, eine außergerichtliche Schlichtung von Streitfällen zu erzielen.

Wie die Gendarmerie der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich hat die nigerische Gendarmerie im Wesentlichen dieselben Aufgaben wie die Polizei. Sie unterscheidet sich von Letzterer nur darin, dass sie auf dem Land und nicht in der Stadt arbeitet und dem Verteidigungs-, nicht dem Innenministerium unterstellt ist.

Das tatsächliche Einkommen der Gendarmen – das blieb mir nicht verborgen – lag häufig weit über ihrem eigentlichen Gehalt, das sich bei Angestellten mittleren Ranges auf umgerechnet etwa 150 Euro im Monat belief. Ihre zusätzlichen Einnahmen aber schlicht als Korruption zu bezeichnen, bedeutete eine grobe Vereinfachung. Auch die Behauptung, afrikanische Polizisten – wie andere Staatsbedienstete auch – seien auf Korruption angewiesen, da ihr bescheidenes Gehalt nicht zum Überleben ausreiche, erklärt das Phänomen nicht hinreichend. Weshalb würden sonst einige Gendarmen, denen zusätzliches Einkommen verwehrt ist, doch mit ihrem Gehalt auskommen? Und weshalb hat andererseits die durchschnittliche Verdoppelung des Gehalts ghanaischer Polizisten im Zuge einer Gehaltsreform (Single Spine Salary Structure) zu keinerlei Veränderung ihrer ‚korrupten' Praktiken geführt? Eine detailreiche Untersuchung, woher dieses zusätzliche Einkommen kommt und wofür es verwendet wird, scheint hier aufschlussreicher.

Woher das Geld?

Den Großteil ihres zusätzlichen Einkommens erhalten nigerische Gendarmen in Form von ‚Geschenken', meist von Zivilisten, die, zufrieden mit deren Arbeit, so ihrer Anerkennung Ausdruck verleihen. Dies betrifft insbesondere Streitschlichtungen: Gendarmen sind zwar weder rechtlich damit beauftragt, noch überhaupt befugt, außergerichtliche Schlichtungen durchzuführen; doch betrachten sie gerade dies als einen wesentlichen Bestandteil ihres Auftrags – vielleicht nicht notwendigerweise ihres legalen, aber zumindest ihres moralischen Auftrags. Es geht ihnen darum, den Geschädigten zur Wiedergutmachung zu verhelfen, ohne die Täter übermäßig zu bestrafen.

Angesichts der unterfinanzierten, überlasteten und für alle Beteiligten unerträglich langsam arbeitenden Gerichte in Niger werden Gerichtsverfahren gerne vermieden. Wenn überhaupt, können Anzeigesteller erst Jahre nach dem zugefügten Schaden auf Kompensation hoffen, haben aber erhebliche Summen für die Anfahrt zu unter Umständen dutzenden Gerichtsverhandlungen zu tragen. Täter wiederum wissen, dass ihnen selbst für kleinere Diebstähle eine Gefängnisstrafe droht. Die damit einhergehende soziale Stigmatisierung und finanzielle Belastung der Familie des Inhaftierten ist weder im Sinne des Geschädigten, noch im Sinne der Gendarmen, da sie die sozialen Spannungen nur verschärft. Die Wiederherstellung des dörflichen Friedens würde in weite Ferne rücken.

Das friedvolle Zusammenleben in den lokalen Gemeinschaften zu gewährleisten bzw. wiederherzustellen, damit verbringen die Gendarmen den Großteil ihrer täglichen Arbeitszeit. In geschickt austarierten Interaktionen bringen sie die Streitparteien zusammen und schlichten die Dispute – unabhängig davon, ob ein Gesetz gebrochen wurde: Diese so genannten „arrangements à l'amiable" (gütliche Arrangements) haben zum Ziel, einen Streit einvernehmlich beizulegen und dem Geschädigten eine angemessenen Wiedergutmachung zukommen zu lassen. Das kann heißen, dass der Täter die Kosten für die ärztliche Behandlung nach einer Körperverletzung übernimmt oder den Wert eines gestohlenen Objektes ersetzt oder, bei Gesetzesbruch, ein Bußgeld zahlt, um „keine schwarzen Flecken in der Gemeinschaft zu hinterlassen", wie die Gendarmen sagen.

Die Gendarmen sind äußerst bedacht darauf, dass der Ausgang des Arrangements beide Parteien zufriedenstellt. Andernfalls drohte der Konflikt wieder aufzuflammen; zudem könnte eine Partei, die sich ungerecht behandelt fühlt, mittels einflussreicher Verwandter versuchen, auf höherer Hierarchie- oder gar politischer Ebene zu intervenieren. Dies bedeutet Ärger für die betroffenen Gendarmen, von unliebsamen Telefonanrufen aus dem Hauptquartier bis hin zu Strafversetzungen in entlegene Wüstenposten. Die Kreativität und das Geschick der Gendarmen, wenn sie in solchen sozialen Dramen Regie führen, erklären nicht nur ihren überraschend guten Ruf in der zivilen Bevölkerung. Sie tragen auch zu den mitunter beachtlichen Geldgeschenken bei, die die Gendarmen von ihren zufriedenen ‚Kunden' erhalten.

Die Gendarmen achten peinlich genau darauf, zu keinem Zeitpunkt nach einer Geldspende zu fragen, geschweige denn eine zu erzwingen. Gelder, die Zivilisten ihnen im Vorfeld für einen erbetenen Gefallen geben wollen, lehnen sie entschieden ab. Auf diese Weise wollen sie sich von anderen, als korrupt geltenden Staatsbediensteten abgrenzen – zum Beispiel von der Police Nationale – und vor allem ihre Reputation als korrekt, professionell und unkorrumpierbar schützen.

Wohin das Geld?

Nachzuzeichnen, welche Wege die so eingenommenen Gelder nehmen, erweist sich als ungleich komplizierter, als ihre Herkunft zu erklären. Zunächst kommen alle Einnahmen der Gendarmen – ob Geschenke oder Gehalt – zusammen und verlieren spätestens hier den Marker ihrer Herkunft. Weiter fließt das Geld in mindestens vier Richtungen: in die Familie der Gendarmen, an Kollegen, an Zivilisten und in ihre Arbeit.

In einigen Brigaden wird ein Teil des eingenommenen Geldes zentral gesammelt und dient als Fonds, aus dem die Gendarmen der Einheit im Falle unvorhergesehener Ausgaben Kredite nehmen können, etwa anlässlich einer Beerdigungsfeier nach einem Todesfall in der Familie oder im Falle größerer Investitionen wie eines Hausbaus. Ein weiterer Teil des Geldes kommt Gendarmen außerhalb der jeweiligen Einheit zugute: als kollegialer Beitrag für die Hochzeit der Tochter eines vorgesetzten Offiziers oder als freundschaftliche Unterstützung von Kollegen in Verwaltungspositionen, die keinen Zugang zu einem ‚erweiterten Einkommen' haben.

Die so verteilten Gelder fließen entlang der Linien vielfältiger und überlappender Netzwerke innerhalb und außerhalb der Gendarmerie. Diese Netzwerke drehen sich aber nur oberflächlich um Geld; sie repräsentieren die Linien und Knotenpunkte, entlang derer kritische Informationen (sowohl bezüglich ihrer beruflichen Karriere als auch bezüglich kriminalpolizeilicher Ermittlungen) transportiert und Machtbeziehungen spürbar werden, an denen sozialer Status thematisiert und gleichzeitig ein Gefühl von Zusammengehörigkeit etabliert wird. Dieses ‚Finanzwesen' ist daher ein essentieller Bestandteil der Gendarmerie als Organisation; aus der Arbeit einzelner Gendarmen wird kollektives und unpersönliches Handeln.

Was überraschen mag, ein weiterer Teil des Geldes geht an Zivilisten. Angefangen von dem Päckchen Tee, Zucker und Kohle, das die Gendarmen hin und wieder ihren Zelleninsassen spendieren, über den kleinen Beitrag zur Arztrechnung eines Opfers von Körperverletzung, das auf der Durchreise nicht auf die Unterstützung von Verwandten zählen konnte, bis hin zu dem Geld für die Heimfahrt eines vergeblich angereisten Anzeigestellers.

Erhebliche Summen werden für die Gendarmerie selbst aufgewendet. Nigerische Gendarmen arbeiten in einer eklatant unterfinanzierten und unterausgestatteten Institution und müssen ihre eigenen Arbeitsutensilien bereitstellen. Sie zahlen selbst für das Papier und die Drucker, mit denen sie Fallakten schreiben, und kaufen sich ihre eigenen Handschellen, Stiefel und Uniformen – häufig Gebrauchtware aus Nordafrika. Außerdem nutzen sie ihr privates Mobiltelefon für dienstliche Zwecke, wenn der Apparat der Einheit seit Monaten defekt ist, und zahlen das Benzin und die Wartungsarbeiten für das Dienstfahrzeug, um wenigstens minimale Mobilität zu gewährleisten. Mit anderen Worten, die Gendarmen verwenden einen großen Teil der zusätzlich erhaltenen Gelder für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Arbeitsfähigkeit. Es wird deutlich, dass hier ein normativer Blick auf ‚Korruption' wenig hilfreich ist.

KORRU

WAS HEISST KORRUPTION?
POLIZEIARBEIT IN NIGER

Zwischen zwei Welten

Von Korruption wird üblicherweise gesprochen, wenn zuerkannte Macht zum privaten Vorteil missbraucht[1] oder öffentliche Güter unrechtmäßig für private Zwecke genutzt werden. Dies setzt eine klare Grenze zwischen substantiell unterschiedlichen Handlungskontexten voraus – zwischen unterschiedlichen ‚Welten'. Wenn wir diese Trennlinie nun nicht als gegeben voraussetzen, sondern in konkreten Handlungen empirisch nachvollziehen, werden wir der Situation der Gendarmen eher gerecht. Dem Forschungsprojekt „Frontier Bureaucrats: an Ethnography of African Policing" liegt daher eine dezidiert nicht-wertende Herangehensweise zugrunde, die die Perspektive der betroffenen Akteure genauso ernst nimmt wie theoretische Vorannahmen.

Um noch einmal zusammenzufassen: Die Gendarmen sehen es als ihren Auftrag, als Streitschlichter für den kommunalen Frieden zu sorgen, wobei sie sich zuallererst an örtlichen Moralvorstellungen orientieren. Die Geldgeschenke, die sie für ihre Leistungen erhalten, nutzen sie für private, wohltätige und insbesondere dienstliche Zwecke. Diese komplexe Gemengelage macht eine Unterscheidung zwischen dienstlicher und außer-dienstlicher, zwischen bürokratischer und nicht-bürokratischer Welt schwierig. Und damit wird auch die Anwendung der normativen Kategorie Korruption problematisch, die auf einer eindeutigen Trennung ebendieser Sphären beruht.

[1] Definition von Transparency International (u.a.)

Die Gendarmen selbst sprechen von einer Welt der „Texte", das heißt der Bürokratie, und einer Welt des „Sozialen", der Komplexität menschlichen Lebens. Und diese zwei Welten stellen unterschiedliche, zum Teil unvereinbare Anforderungen an sie. Diese paradoxe Situation versuche ich als *frontier* zu verstehen, als einen von relativer Bedeutungsoffenheit und Ungewissheit gezeichneten Raum, in dem zwei Welten aufeinanderprallen, einander überlappen, bisweilen miteinander verschmelzen: die Welt abstrakter und scheinbar klarer bürokratischer Normen und die Welt der vieldeutigen Konkretheit menschlichen Handelns.

Was das Aufeinandertreffen dieser Welten und das scheinbar widerspruchsfreie Verbinden derselben betrifft, haben das Polizeiwesen und die Bürokratien in Europa außerordentlich elaborierte Mechanismen entwickelt, beispielsweise die richterlich vorgeschlagene und gesetzlich geregelte außergerichtliche Mediation. Diese Mechanismen sind Teil des Erwartungshorizonts geworden, den wir an diese Organisationen anlegen. Nigerische Gendarmen können zum einen nicht auf solch elaborierte Mechanismen der ‚Grenzregulierung' zurückgreifen. Es gibt beispielsweise keine rechtlichen Regeln für außergerichtliche Streitschlichtung. Zum anderen liegen solche Mechanismen auch nicht im Erwartungshorizont der Menschen, mit denen die Gendarmen tagtäglich zu tun haben.

Nimmt man dies alles in Rechnung, lassen sich die Gendarmen nur schwer als korruptionssüchtige Bürokraten beschreiben – sondern vielmehr als *frontier*-Bürokraten. Doch arbeiten nicht alle Bürokraten in einer solchen *frontier*? Die Gestalt dieser und anderer bürokratischer *frontiers* genauer zu untersuchen, ist Gegenstand meiner Forschung am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz. ***Mirco Göpfert***

Mirco Göpfert ist seit 2014 akademischer Mitarbeiter bei der Professur für Ethnologie/ Kulturanthropologie der Universität Konstanz. Im Sommersemester 2015 forscht er am Kulturwissenschaftlichen Kolleg Konstanz über „Frontier Bureaucrats: an Ethnography of African Policing".

IMPRESSUM

Redaktion: Claudia M. Voigtmann, Konstanz
Übersetzung: S. 25–27: Eva Engels
Gestaltung: Eva Engler, Berlin/Owingen
Korrektorat: Jan Kröger, Verena Meckel, Konstanz
Bildnachweis: Titel, S. 4, 8, 12, 16, 20, 24, 28, 32, 36, 40: Bigi Möhrle, Berlin
S. 9 Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (IESM)/ pixelio.de
S. 10 Erich Westendarp/ pixelio.de
S. 14 Manny Moss/ flickr.com
S. 19 Reclus/ commons.wikimedia.org
S. 23 Melanie Brand
S. 33 Claudia Marion Voigtmann
S. 47 Mirco Göpfert

Druck: Druckerei Braul, Berlin
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Rudolf Schlögl
Herausgeber: Exzellenzcluster
„Kulturelle Grundlagen von Integration“
Universität Konstanz
78457 Konstanz

© Universität Konstanz 2015